Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1927

12.11.1927 (No. 313)

Visual Library

Samstag, 12. November 1927. 172. Jahrgang Nr. 313.

Karlsruher Tagblatt

Badische Morgenzeitung
mit
Industrie- und Handelszeitung
Gegr. 1756 und der Wochenschrift „Die Pyramide" Gegr. 1756

Bezugspreis: monatlich Mk. 2.20 frei Haus. In unserer Geschäftsstelle oder in unseren Agenturen abgeholt Mk. 1.90. Durch die Post bezogen monatlich Mk. 2.10 ausschl. Zustellgeld. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung. Abbestellungen werden nur bis 25. auf den folgenden Monatsletzten angenommen. Einzelverkaufspreis: Werktags 10 Pfg., Sonntags 15 Pfg. Anzeigenpreise: die 9gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 28 Pfg., auswärts 33 Pfg., Reklamezeile Mk. 1.—, an erster Stelle Mk. 1.20. Gelegenheits- und Familienanzeigen sowie Stellengesuche ermäßigter Preis. Bei Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichteinhaltung des Zahlungsziels, bei gerichtlicher Beitreibung und bei Konkursen außer Kraft tritt. Gerichtsstand u. Erfüllungsort: Karlsruhe i. B. Beilagen: Unterhaltung, Sport, Frauen, Wandern, Landwirtschaft u. Garten, Literatur.

Hauptschriftleiter H. v. Loer. Verantwortlich für Politik: H. Voß; für den Nachrichtenteil: K. M. Hageneier; für den Handel: Heinrich Rippel; für Stadt, Baden, Nachbargebiete und Sport: Heinrich Gerhardt; für Feuilleton und „Pyramide": Karl Jobo; für Musik: Anton Rudolph; für Inserate: H. Schrieyer; sämtlich in Karlsruhe. Druck u. Verlag: C. F. Müller, Karlsruhe, Ritterstraße 1. Berliner Redaktion: Werner Pfeiffer, Berlin W 57, Bülowstr. 63. Telephon Amt Kurfürst 125. Für unverlangte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Sprechstunde der Redaktion von 11 bis 12 Uhr vorm. Verlag, Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Karlsruhe, Ritterstraße 1. Fernsprechanschlüsse: Nr. 18, 19, 20, 21, 297. 1923. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 9547.

Forderungen der Volkspartei zu den schwebenden Fragen.

Eine Entschließung des Parteivorstandes.

WTB. **Berlin**, 11. Nov.

Der Parteivorstand und der Reichsausschuß der Deutschen Volkspartei haben, wie die „Nationalliberale Korrespondenz" meldet, nach Entgegennahme der Berichte der Minister Dr. Stresemann und Dr. Curtius zur gegenwärtigen, insbesondere durch den Meinungsaustausch des Reparationsagenten mit der Reichsregierung beeinflußten Lage eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Ein Einspruch des Reparationsagenten gegen die zurzeit von der Reichsregierung vorgelegten großen Gesetze mit finanzieller Auswirkung, insbesondere die Besoldungsvorlage und das Entschädigungsschlußgesetz liegt nicht vor; seine Berechtigung könnte auch in Zukunft nicht anerkannt werden. Die Deutsche Volkspartei hält daran fest, daß die beiden genannten Vorlagen schleunigst zu verabschieden sind.

Dagegen verlangt sie mit gleichem Nachdruck die Inangriffnahme einer durchgreifenden Verwaltungsreform, die unter Umständen auch vor einer Aenderung der Verfassung, soweit das Verhältnis des Reiches zu den Ländern in Frage kommt, nicht haltmachen darf. Die Wirtschaft Deutschlands bedarf dringend der Minderung der auf ihr ruhenden Lasten.

Die Haushaltsgebarung des Reiches muß so gestaltet werden, daß der künftige Reichshaushalt nicht nur ohne Steuererhöhung ausgeglichen sondern daß auch die so notwendige Senkung der Realsteuern tatsächlich durchgeführt werden kann.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer leiden gleichermaßen unter der Höhe der sozialen Lasten, denen noch immer nicht entsprechende Leistungen gegenüberstehen. Zur Erreichung dieser Ziele müssen Reichsregierung und Reichstag zusammenwirken.

Es wird ein Weg zu suchen sein, der geeignet ist, die hemmungslose Bewilligung von Mehrausgaben durch das Parlament einzuschränken. Eine Einwirkung des Reiches auf Länder und Gemeinden im Sinne sparsamster Haushaltsführung ist deshalb unbedingt notwendig. In erster Linie gehört hierzu eine starke Einschränkung der Anleiheaufnahme, die nur unter der Kontrolle des Reiches in Zukunft möglich sein darf.

Die Stellung des Zentrums zur Besoldungsreform.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes.")

W. Pf. **Berlin**, 11. Nov.

Die Vertreter der Reichstags- und der preußischen Landtagsfraktion des Zentrums setzten heute vormittag ihre Besprechungen, an denen auch der badische Landtagspräsident Dr. Baumgartner teilnahm, fort. Es kamen aber nur Kleinrentnerfragen zur Debatte, während die Weiterführung des Hauptberatungsthemas, nämlich die Aussprache über die Verwaltungsreform und über die Frage „Einheits- oder föderalistischer Staat" vertagt wurde. Sie soll wieder aufgenommen werden, wenn die Plenarsitzungen des Reichstages und des preußischen Landtags beginnen.

Die Stellung des Zentrums zur Besoldungsreform ist auch nach diesen Beratungen noch nicht ganz geklärt. Es wurde bereits in der gestrigen Sitzung der Zentrumsfraktion betont, daß das Zentrum an der Besoldungsvorlage festhält, allerdings müsse sich die Vorlage in einem Rahmen halten, der sich mit den Bedürfnissen der Gesamtwirtschaft vereinbaren lasse.

Es kamen auch in den Beratungen des Zentrums die verschiedenen Meldungen zur Sprache, die in den letzten Tagen über Besprechungen des Kanzlers mit den Fraktionen und den Parteiführern veröffentlicht worden sind. Man konnte sich dabei des Eindruckes nicht erwehren, daß diese Meldungen letzten Endes nur den einen Zweck haben sollten, Stimmung gegen den Reichsfinanzminister zu machen. Die Versammlung der beiden Fraktionen stellte aber fest, daß der Reichsfinanzminister Dr. Köhler nach wie vor das Vertrauen der Zentrumspartei genießt.

Wenn trotzdem beide Fraktionen noch nicht endgültig Stellung zur Besoldungsvorlage genommen haben, so hängt das mit dem Widerstand des Gewerkschaftsflügels in der Zentrumsfraktion gegen die Besoldungsvorlage zusammen. Das Bestreben dieser Kreise im Zentrum,

die Besoldungsreform in Einklang mit der Verwaltungsreform zu bringen,

ist, wie von dieser Seite erklärt wird, jedoch nicht so zu verstehen, als ob Stegerwald und seine Freunde bezweckten, daß die Verabschiedung der Besoldungsreform erst nach der Vollendung der Verwaltungsreform erfolgen soll. Der Gedanke geht vielmehr dahin, daß die Reichsregierung veranlaßt werden soll, ihre Richtlinien zur Durchführung der Verwaltungsreform bekannt zu geben, damit man sehen könne, wie sie diese Reform gestalten will. Es soll versucht werden, die Besoldungsreform mit diesen Richtlinien in Einklang zu bringen. Die Verwirklichung dieses Gedankens würde aber praktisch eine Verschiebung der Besoldungsreform bedeuten.

Man hat anscheinend, um eine solche Verzögerung der Besoldungsvorlage und damit eine Verärgerung in den Beamtenkreisen zu vermeiden, den Ausweg beschritten, einen Unterausschuß zu bilden, der das Material zu den verschiedenen politischen Problemen sammeln, prüfen und für die Weiterberatung der beiden Fraktionen vorbereiten soll. Der Ausschuß, zu dessen Vorsitzenden die beiden Fraktionsvorsitzenden der Reichstags- und Landtagsfraktionen, die Abg. v. Guérard und Dr. Potsch gewählt wurden, wird erst nach dem Zusammentritt der Parlamente seine erste Sitzung abhalten.

Entsprechend diesem Ausgang der Beratungen der beiden Zentrumsfraktionen hatte auch die heutige Sitzung des interfraktionellen Ausschusses der Regierungsparteien kein positives Ergebnis. Die Zentrumsvertreter konnten noch keine bindenden Erklärungen über die Haltung des Zentrums zur Frage der Besoldungsreform abgeben. Sie erhoben auf der anderen Seite allerdings keinen Widerspruch, gegen die Vorlage. Man kann daher sehr wohl feststellen,

daß die Besoldungsvorlage nicht gefährdet ist,

wenn sie auch noch Veränderungen in einzelnen Punkten erfahren wird, daß aber auch das Zentrum unter dem Druck der Gewerkschaften nunmehr vielleicht noch stärker als andere Parteien auf die Verwaltungsreform dringen wird.

Stresemann fährt zur Dezembertagung des Rats.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes".)

B. **Berlin**, 11. Nov.

Der Reichsaußenminister Dr. Stresemann wird an der am 5. Dezember beginnenden Tagung des Völkerbundsrates in Genf wieder persönlich teilnehmen. In deutschen politischen Kreisen ist man der Auffassung, daß eine Verminderung der jährlichen Ratstagungen von vier auf drei in allen Ratskreisen Verständnis und Zustimmung finden wird. So lange aber diese Verminderung noch nicht zur Tatsache geworden ist, erscheint es zweckmäßig, daß der Reichsaußenminister an den Verhandlungen des Rates persönlich teilnimmt.

6½ Millionen für unsere Kriegsopfer.

Das Ergebnis der Hindenburgspende.

WTB. **Berlin**, 11. Nov.

Wie eine hiesige Korrespondenz von maßgebender Stelle erfährt, hat die Hindenburgspende etwa 6,3 bis 6,5 Millionen Mark ergeben. Dies ist der größte Betrag, der in Deutschland seit Ende des Krieges von einer Sammlung erfaßt worden ist. Der endgültige Rechenschaftsbericht dürfte kaum vor dem 20. November fertiggestellt werden.

Gerade in der letzten Zeit sind noch aus dem Auslande erhebliche Beträge eingelaufen, so aus Los Angeles in Kalifornien 10 000 Mark, von den Spanien-Deutschen aus dem Bereich des Generalkonsulates Barcelona etwa 13 500 Mark, aus dem Saargebiet wurden kürzlich 39 000 Mark überwiesen.

*

Das Ergebnis ist — ganz besonders im Hinblick auf die Verarmung gerade der sonst gebefreudigsten Kreise unseres Volkes als sehr erfreulich zu bezeichnen, auch wenn die verantwortungslose Hetzpresse die Gelegenheit der Veröffentlichung der obigen Zahlen wieder einmal dazu benutzt, um ihrem sozialen Empfinden durch offene Bekundung der „Schadenfreude" über den angeblich so geringen Betrag Ausdruck zu geben.

Die britischen Verluste im Weltkrieg.

London, 11. Nov. „Morning Post" ist in der Lage, mitzuteilen, daß die Verlustliste der im Weltkriege gefallenen britischen Soldaten und Seeleute nicht, wie bisher geglaubt, 900 000 Tote umfaßt, sondern nach den seit Ende des Krieges gemachten Feststellungen 1 069 825 Mann beträgt.

Gesandter Dr. Naumann gestorben.

München, 11. Nov. Gesandter Dr. Viktor Naumann, früherer Pressechef der Reichsregierung, ist heute früh im Alter von 61 Jahren einem Herzkrampf erlegen.

Der französisch-südslawische Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes".)

S. **Paris**, 11. Nov.

Heute nachmittag um 5 Uhr wurde am Quai d'Orsay von Briand und dem südslawischen Außenminister in Anwesenheit des Generalsekretärs des Quai d'Orsay Berthelot und des südslawischen Gesandten der französisch-südslawische Freundschaftsvertrag unterzeichnet.

Abschaffung des parlamentarischen Systems in Italien?

TU. **Berlin**, 11. Nov.

Wie die Abendblätter aus Rom melden, hat der faschistische Großrat die Abschaffung des parlamentarischen Systems beschlossen. An die Stelle der bisherigen Volksvertretung tritt der „Rat der Vierhundert". Wählen kann nur das produktive Volk, d. h. die 13 Wirtschaftsorganisationen Italiens, die sämtliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassen, schlagen dem Großrat die Kandidaten vor, der jeden einzelnen auf seine unbedingt ehrliche faschistische Ueberzeugung prüft.

*

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes".)

Rom, 11. Nov. (United Preß).

Der große faschistische Rat hat in seiner heutigen Sitzung unter Vorsitz Mussolinis die Grundzüge für die Schaffung einer neuen Kammer festgesetzt, die an die Stelle des gegenwärtigen Parlaments treten soll. Darnach soll insbesondere das allgemeine Wahlrecht abgeschafft werden und durch ein neues System ersetzt werden, bei dem die dreizehn Wirtschaftsgruppen die Kandidaten für die Kammer stellen.

Diese Umstellung wird damit begründet, daß gegenwärtig nur eine einzige Partei, nämlich die faschistische, existiere, da alle dem Faschismus feindlich gegenüberstehenden Parteien vernichtet seien.

Die neue Kammer bedeutet die juristische Anerkennung der Wirtschaftsorganisationen, die die Struktur des neuen faschistischen Staates bilden. Der große Rat hat den Justizminister beauftragt, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzubereiten, der in der nächsten Sitzung im Januar 1928 dem Rat vorgelegt werden soll.

Die Opposition in Spanien.

(Eigener Dienst des „Karlsruher Tagblattes.")

Madrid, 11. Nov. (United Preß.)

Aus Mitgliedern früherer Kabinette hat sich eine Vereinigung zur Verteidigung der Verfassung gebildet. Das Programm der Vereinigung erklärt, daß eine Verfassungsänderung nur durch die rechtmäßig einberufene Ständeversammlung erfolgen könne und sieht schärfsten Kampf gegen Primo de Rivera und seine Nationalversammlung vor. Vorsitzender der Vereinigung ist der frühere Parlamentsvorsitzende Villanueva. Zum Ehrenpräsidenten wurde der frühere Ministerpräsident Sanchez Guerra gewählt.

Russische Anleiheversuche in Amerika.

(Eig. Kabeldienst des „Karlsruher Tagblattes".)

Neuyork, 11. Nov. (United Preß.)

Wie in hiesigen Finanzkreisen verlautet, haben Vertreter der Sowjetregierung sich vor kurzem an einige amerikanische Bankfirmen gewandt und versucht, eine Anleihe unterzubringen.

Wie es heißt, sind diese Bemühungen bisher erfolglos gewesen, jedoch wird die Sowjetregierung, wie man hört, binnen kurzem wieder mit neuen Verhandlungen beginnen. In Wallstreet verlautet, die russischen Vertreter hätten unverbindlich den Vorschlag gemacht, daß die Sowjetregierung für 100 Mill. Dollar 3proz. Schuldverschreibungen mit 62jähriger Laufzeit (diese Frist entspricht den in anderen Schuldenfundierungsabkommen zwischen Amerika und seinen Schuldnerstaaten getroffenen Vereinbarungen ausgibt, die zur Abdeckung der russischen Schulden an Amerika verwendet werden sollen.

Die Sowjet-Regierung beziffert die Anleihe, die die Regierung der Vereinigten Staaten der Kerenski-Regierung im Jahre 1917 gewährt hat, und die von der Sowjet-Regierung bisher nicht anerkannt worden ist, auf 86 Mill. Dollar. Die Sowjetvertreter machten zur Bedingung, daß Rußland zur Regulierung dieser Schuld amerikanische Wiederaufbaukredite erhalte.

Politik und Finanzwirtschaft.

Die wahren Gründe für das Memorandum Parker Gilberts.

Von

Dr. Paul Rohrbach.

Man kann nicht leugnen, daß die Auseinandersetzungen über das Parker Gilbertsche Memorandum ebenso sehr wie der Inhalt des Schriftstückes selbst außenpolitische Rückwirkungen zeitigen. Es ist aber nicht gesagt, daß diese uns letzten Endes nur zum Nachteil ausschlagen müssen. Das Ausland ist zwar in unvorteilhafter Weise auf die Reparationsfrage aufmerksam gemacht worden, und vor allen Dingen geschah es früher, als es hätte geschehen sollen. Wenn aber die Debatte in Zukunft richtig und so geführt wird, daß das schwierige Problem der Reparationszahlungen und des Dawesplans in Fluß bleibt, so kann das von Nutzen sein.

Man muß die Rückwirkungen des Memorandums und der deutschen Antwort vor allen Dingen in Frankreich, in England und in Amerika unterscheiden.

Auf französischer Seite bemüht man sich schon seit längerer Zeit, die vertragswidrige Weigerung, die Besetzung des Rheinlandes trotz Erfüllung aller deutschen Verpflichtungen zu beenden, mit dem Satze zu rechtfertigen: Nur die Besatzung garantiert den Eingang der Reparationsgelder! Am ausführlichsten wurde diese These entwickelt in dem bekannten Artikel des Grafen W. d'Ormesson im vergangenen Sommer, der in äußerlich verbindlicher Form und mit der scheinbaren Tendenz, für den deutsch-französischen Ausgleich zu arbeiten, lang und breit zu beweisen versuchte, daß die Besatzung so lange bleiben dürfe, bis die finanziellen Verpflichtungen Deutschlands endgültig ins Reine gebracht seien. Unter diesem „endgültig" war nach Graf d'Ormesson zu verstehen, daß Deutschland mit Hilfe der Industrieobligationen eine große Kapitalzahlung an Frankreich leistete — und überdies „stabile" Kontrollelemente im Rheinland duldete.

Von deutscher Seite wurde darauf geantwortet, daß im Friedensvertrag nicht der mindeste Anhalt für eine solche Verquickung der Reparationen mit dem Besatzungsrecht zu finden ist, und daß, falls Deutschland eines Tages genötigt sein sollte, den Antrag auf erneute Prüfung seiner Leistungsfähigkeit zu stellen, die Besatzungstruppen damit nichts zu tun haben würden, sondern nur die im Dawesplan selbst vorgesehenen Stellen. Nichtsdestoweniger hat jetzt die nationalistische Presse in Frankreich — und es gibt mit verschwindenden Ausnahmen keine, die nicht offen oder versteckt nationalistisch wäre — im Chorus die Melodie aufgenommen:

Nach dem Memorandum sind die deutschen Zahlungen gefährdet, und wenn wir sicher sein wollen, unser Geld zu bekommen, so müssen unsere Truppen am Rhein bleiben!

In England herrschen andere Motive. Kennzeichnend für sie sind die überaus heftigen Angriffe der Londoner „Times" gegen die deutsche Finanzpolitik. Mit der „Times" wetteifern andere Blätter darin, die deutschen Verhältnisse schwarz in Schwarz zu malen. Der Zweck dabei ist, ausländische Kapitalien, namentlich amerikanische, von der Anlage in Deutschland abzuschrecken und auf diese Weise die Arbeitsbedingungen der deutschen Industrie zu erschweren. Die Wirtschaft in England ist unzufrieden damit, daß die deutsche Konkurrenz sich so unerwartet erholt und so große Fortschritte gemacht hat. Am deutlichsten wird das bei dem Zusammenbruch der englischen Hoffnungen, eine eigene unabhängige Farbenindustrie großen Stils schaffen zu können. Eisen, Stahl und Kohle, und was von diesen abhängt, sind aber gleichfalls mißvergnügt gegen Deutschland. Also benutzt man die sehr willkommene Gelegenheit des Memorandums, den deutschen Wirtschaftskredit zu schwächen.

Am eigentümlichsten — teilweise wenigstens — sind die Beweggründe in Amerika. In den Vereinigten Staaten, die von keiner Seite her ernstlich angreifbar sind und daher wenig auswärtige Rücksichten zu nehmen brauchen, herrscht zwischen Außenpolitik und Innenpolitik schon seit langem das umgekehrte Verhältnis, wie es bekanntlich in anderen Großstaaten normaler Weise herrschen soll, d. h. nicht die auswärtige Politik bestimmt die innere, sondern die innere bestimmt die äußere. Geradezu restlos ist das der Fall, wenn sich, so wie jetzt, der Termin für eine neue Präsidentenwahl nähert. Dann ist jede scheinbar nach außen gerichtete Handlung zuerst daraufhin zu prüfen, ob und welche innerpolitischen Ziele sie verfolgt oder wenigstens mitverfolgt.

Der Reparationsagent Parker Gilbert ist selbstverständlich ein Mann der jetzt in Amerika regierenden republikanischen Partei.

Wäre er das nicht, so besäße er nicht seinen wichtigen und hochbezahlten Posten. Damit soll nichts gegen seine Fähigkeiten und seine Ehrlichkeit gesagt sein. Wohl aber soll gesagt sein, daß weder er noch ein anderer Amerikaner in ähnlicher Stellung einen Schritt, wie das Memorandum ihn bedeutet, getan hätte, ohne seine Wirkung auf die amerikanische Innenpolitik, d. h. auf die kommende Präsidentenwahl, zu überlegen. Die Finanzwirtschaft des Deutschen Reichs, der Einzelstaaten und der Gemeinden mag für die Reparationsfrage so wichtig sein, wie sie wolle — unendlich viel wichtiger ist es für diejenigen in Amerika, die jetzt an der Macht sind, dem amerikanischen Volke zu beweisen, daß sie für sein Wohl sorgen, daß sie daran denken, es vor finanziellen Verlusten zu bewahren und einen Beweis dafür zu liefern, wie mächtig Amerika ist; wie die Welt aufhorcht, wenn Amerika spricht!

Wäre es unter diesem innerpolitischen — amerikanischen Gesichtspunkt vorteilhafter gewesen, ein solches Memorandum nicht zu schreiben — keine Zeile davon hätte das Licht der Welt erblickt.

Wenn man das bedenkt, so ergeben sich die Folgen für die weitere Behandlung der Sache von selbst. Ein Zyniker könnte vielleicht so weit gehen, zu sagen, daß es bei der Debatte von deutscher Seite weniger darauf ankäme, die Gegenseite von der Beachtlichkeit unserer Gründe gegen das Memorandum zu überzeugen, als auf das Spiel einzugehen und das zu liefern, worauf es für die amerikanische Innenpolitik ankommt: Stärkung des Prestiges der jetzt Regierenden. In dieser Form wäre das zu grob gesagt. Eine sachliche Auseinandersetzung ist notwendig. Wenn aber die sachliche Auseinandersetzung die hier vorgetragene Rücksicht außer acht läßt, so wird sie ihren Zweck nicht erreichen. Tut sie es dagegen, so kann sie so geführt werden, daß auch die deutschen Interessen dabei zu ihrem Recht kommen.

Wieder eine amerikanische Stimme für Revision des Dawesplanes.

TU. **Neuyork**, 11. Nov.

Der soeben aus Europa zurückgekehrte amerikanische Industrielle und frühere Präsident der Neuyorker Handelskammer, Irving T. Bush, setzt sich energisch für eine Revision des Dawesplanes ein, die unumgänglich notwendig sei. Der Plan müsse bis ins einzelne untersucht werden, was bisher nicht geschehen sei, da Poincaré es verhindert habe. Dieser habe bei der Schaffung des Dawesplanes darauf bestanden, daß nicht darüber beraten würde, wieviel Deutschland bezahlen könne, sondern darüber, eine wie hohe Summe Deutschland abgezwungen werden müsse.

Die deutsche Botschaft in Washington flaggt zum Waffenstillstandstag.

Washington, 11. Nov. (United Preß.)

Die deutsche Botschaft hat heute ebenso, wie die übrigen diplomatischen Vertretungen einschließlich der österreichischen und ungarischen Gesandtschaft, zum Waffenstillstandstag geflaggt. Die deutsche Botschaft hatte vorschriftsmäßig die Reichsflagge und die Handelsflagge aufgezogen.

Die Phöbus-Angelegenheit und das Wehrministerium.

B. **Berlin**, 11. Nov. (Eig. Dienst.) Der Bericht des Sparkommissar Sämisch über die Phöbus-Angelegenheit des Reichswehrministeriums ist nunmehr der Reichskanzlei zugeleitet worden, die ihn einer eingehenden Prüfung unterzieht. Dr. Sämisch hat die Absicht, seinem Bericht einen mündlichen Vortrag anzuschließen. Dieser Vortrag dürfte jedoch erst nach der Rückkehr des Reichskanzlers aus Wien stattfinden.

Steuervereinheitlichungsgesetz und Besoldungsreform.

Eine Rede Dr. Köhlers auf dem Preußischen Landgemeindetag.

VDZ. **Berlin**, 11. Nov.

Im Plenarsaal des Reichstages fand heute der 4. Preußische Landgemeindetag statt, an dem u. a. auch Reichsfinanzminister Dr. Köhler, Reichsinnenminister v. Keudell, Reichsnährungsminister Schiele und der preußische Innenminister teilnahmen.

Bürgermeister Nange-Weißwasser betonte in seiner Begrüßungsansprache, daß man sich mit drei der wichtigsten Fragen zu beschäftigen habe. Mit der Reichsfinanzgesetzgebung, der Verwaltungsreform und dem Reichsschulgesetz.

Reichsinnenminister Dr. v. Keudell

überbrachte dann der Versammlung herzliche Grüße der Reichsregierung und des Reichskanzlers. Der Minister fuhr dann fort: Gegenüber dem immer wieder neuen Heranstürmen gewaltiger Aufgaben und schwierigster Probleme ist es unsere geschichtliche Aufgabe, eine wirklich unabhängige, uneigennützige, sachliche, das Politische auch einmal in den Hintergrund treten lassende Selbstverwaltung unserem Vaterlande zu erhalten. Wir können auf die Mitarbeit aller Kreise nicht verzichten, auf politischem Gebiete, aber auch nicht auf dem Gebiete der Selbstverwaltung. Helfen Sie uns, daß die Selbstverwaltung uneigennützig und unabhängig bleibt, dann können wir sicher sein, daß die schweren Aufgaben sachlich zum Besten der Gemeinden und des Vaterlandes gefördert werden. (Beifall).

Der preußische Innenminister Grzesinski überbrachte die Grüße der preußischen Regierung und versicherte die Gemeinden des Interesses der Kommunalaufsichtsbehörde.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

nahm sodann das Wort zum Hauptvortrag des Tages über „Steuervereinheitlichungsgesetz und Besoldungsreform".

Der Minister ging zunächst auf die Entwicklung der Finanzgesetzgebung im Reiche, in Ländern und Gemeinden ein, die geleitet worden sei durch die Notwendigkeit, dem durch den Versailler Vertrag schwer belasteten Reich weitere Einnahmequellen zu verschaffen. So sei es zu der Trennung gekommen, daß dem Reich die Einkommensteuer, Vermögens- und Körperschaftssteuer überlassen wurde, während die Realsteuern und die Hauszinssteuer den Ländern und Gemeinden bleiben. Trotz der Vereinheitlichung der Bewertungsgrundsätze herrsche aber bei den Realsteuern noch eine erstaunliche Buntscheckigkeit. Die Grundsteuer werde in manchen Ländern noch einmal vom Grund und Boden allein und dann von den Gebäuden erhoben, in anderen von der wirtschaftlichen Einheit als Ganzes. Die eine Verwaltung erhebe die Steuer vom Rohertrag, die anderen vom erzielbaren Reinertrag, wieder andere vom Wert des Steuergegenstandes.

Die gleiche Verschiedenartigkeit zeigt sich auch bei der Gewerbesteuer und bei der Hauszinssteuer. Darum hat die Finanzausgleichsnovelle bestimmt, daß ein Steuervereinheitlichungsgesetz vorgelegt werden soll. Was durch die Verschiedenartigkeit der Verhältnisse bei den Ländern gerechtfertigt ist, muß bleiben. An einer öden Uniformierung hat keiner ein Interesse. Verschiedenheiten aber, deren Angleichung ohne Gefährdung der Interessen der Länder und Gemeinden möglich ist, müssen verschwinden. Die Wirtschaft hat ein großes Interesse daran, daß sie die Realsteuerbelastung übersehen kann. An der Uebersichtlichkeit der Belastung hat aber auch der Steuergläubiger ein Interesse. Bei den Dawesverhandlungen hat die Frage nach der Gesamtsteuerbelastung Deutschlands eine große Rolle gespielt. Deutschland braucht vor einem Vergleich der Belastung seiner Bürger mit derjenigen eines jeden anderen Landes der Welt nicht zurückzuschrecken.

Die steuerliche Belastung der deutschen Bürger erreicht das äußerste Maß dessen, was einem durch einen langen Krieg und durch die Lasten des Versailler Vertrages geschwächten Volke zugemutet werden kann.

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Realsteuern vielerorts eine drückende Belastung der Zensiten darstellen. Das Tempo einer Senkung wird gewiß durch die Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen der Länder und Gemeinden bestimmt sein.

Es ist natürlich einseitig, lediglich vom Abbau der Lasten zu reden. Wir müssen auch an eine Beschränkung der Ausgaben denken. (Sehr gut.) Der Minister erinnerte daran, daß der Gesetzentwurf aus vier Gesetzen besteht: Grundsteuerrahmengesetz, Gewerbesteuerrahmengesetz Gebäudeentschuldungsgesetz und einem Gesetz über die Anpassung des ganzen Steuerverfahrens. Die Gesetze sind organisch miteinander verbunden. Sowohl die Grundsteuer als auch die Gewerbesteuer haben ihren Charakter als Landessteuer durchaus behalten.

Die Länder und Gemeinden sollen durchaus frei und unabhängig vom Reiche die Höhe der Steuertarife festsetzen können.

Sie haben im weitesten Umfange die Möglichkeit der Angleichung an die bestehenden besonderen Verhältnisse.

Selbstverständlich muß es das Ziel sein, auch die Realsteuer möglichst nach dem Gewinn zu zahlen. Denn keine Steuer kann auf die Dauer aus dem Vermögen gezahlt werden. (Sehr richtig!) Für die Grundsteuer soll künftig lediglich die Abstellung auf den Wert in Betracht kommen, wobei ein Einheitswert für das ganze Reich zugrunde gelegt werden soll. Im übrigen mußte ein scharfer Trennungsstrich zwischen Grund- und Gewerbesteuer gezogen werden, denn es mußte dem Grundsatz Rechnung getragen werden, daß kein Gegenstand von zwei Realsteuern gleichzeitig erfaßt werden kann. Die Forderung der Wirtschaft, auch für die Grundsteuer die Abzugsfähigkeit von Schulden zuzulassen, mußte abgelehnt werden, weil sonst der Charakter der Realsteuer verwischt worden wäre. Man hat mir vorgeworfen, ich wollte alle Länder und Gemeinden unter die Knute des Reichsfinanzministeriums bringen. Derartige diktatorische Gelüste habe ich nicht, und wenn ich sie hätte, könnte ich sie nicht durchführen. Es ist auch die Meinung geäußert worden, daß nunmehr das Reich von allen Ländern und Gemeinden eine 20prozentige Absenkung der Realsteuern verlange. Davon kann keine Rede sein. Eine schematische Absenkung um 20 Prozent würde gegenwärtig zu unerträglichen Zuständen führen. Als Ziel, das in absehbarer Zeit zu erstreben ist, betrachtet die Reichsregierung allerdings eine gewisse Senkung sämtlicher Steuern und damit auch der Realsteuern. (Beifall.) Dieses Ziel kann nach unserer Meinung tatsächlich erreicht werden.

Der Grundsatz der Sparsamkeit muß noch viel weiter als bisher in der Verwaltung von Reich, Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Die Verwaltung braucht deswegen nicht schlechter zu werden. Die von mir vorgeschlagenen Vereinheitlichungen scheinen mir das mindeste darzustellen, was unser Volk in seiner schwierigen Gesamtlage verlangen kann. Der sogenannte Einheitssteuerbescheid ist leider zunächst gefallen. Ich hoffe aber, daß dieser Gedanke sich doch einmal durchsetzen wird. Einstweilen hatte ich nahezu eine Einheitsfront sämtlicher Länder gegen mich.

Daß mit diesem Entwurf — so fuhr Köhler fort — nicht etwa staatspolitische Zwecke verfolgt werden, ist selbstverständlich. Ich sage das mit besonderem Nachdruck, weil behauptet worden ist, ich beabsichtige, mit dem Entwurf in Wirklichkeit die deutschen Länder aufzuheben. Das sind aber Dinge, die auf ganz anderem Gebiete liegen, über die ich gegenwärtig nicht spreche, obwohl vielleicht vom Standpunkt des Reichsfinanzministers manches dazu zu sagen wäre. Ich hege die Hoffnung, daß der Entwurf eine Gestaltung erhält, von der wir sagen können, sie ist wieder ein Schritt weiter auf dem Wege zur Vereinheitlichung des Steuerrechts und des Steuerverfahrens. (Lebhafter Beifall.)

Die Besoldungsvorlage im Haushaltsausschuß.

VDZ. **Berlin**, 11. Nov.

Der Haushaltsausschuß hat heute das eigentliche Besoldungsgesetz, das in 41 Paragraphen die allgemeinen Bestimmungen enthält,

in erster Lesung erledigt,

wobei jedoch zu beachten ist, daß mehrere wichtige Paragraphen für die zweite Lesung zurückgestellt wurden. Es handelt sich bei diesen zurückgestellten Paragraphen, über die keine Einigung erzielt werden konnte, u. a. um die Frage der Pensionäre und Hinterbliebenen, um die Frage der Amtsbezeichnungen und um den finanziell wichtigsten Paragraphen 39 a, der auf einstimmigen Beschluß des Reichsrates in die Besoldungsvorlage hineingenommen ist und zur Abdeckung der durch die Besoldungsvorlage entstehenden Mehrausgaben der Länder und Gemeinden, den vom Reich an die Länder zu leistenden Ueberweisungsanteil von dem Aufkommen an Einkommensteuer und Körperschaftssteuer auf 80 Prozent erhöhen will.

Bekanntlich hatte die Reichsregierung sich diesen Beschluß des Reichsrates nicht angeschlossen und dem Reichstage eine besondere Vorlage zugehen lassen. Ueber diese Fragen konnte unter den Parteien noch keine Einigung erzielt werden, da die Reichsregierung nach wie vor einer Erhöhung der Länderanteile auf 80 Proz. stärksten Widerstand entgegensetzt.

Der Ausschuß hat sich daher heute nach einer längeren, teilweise recht stürmischen Geschäftsordnungsdebatte dahin entschlossen,

zunächst die einzelnen Gehaltssätze zu beraten.

Inzwischen soll versucht werden, unter den Parteien und mit der Regierung eine Einigung über die strittigen Fragen zu erzielen. Wie das VDZ-Büro aus parlamentarischen Kreisen erfährt, dürfte jedoch diese finanzielle Kernfrage nicht so schnell zu einem befriedigenden Abschluß kommen, da innerhalb der Parteien große Meinungsverschiedenheiten zu überwinden sind und sich andererseits die Regierung einer geschlossenen Front der Länder gegenübersieht.

Ein verunglückter Fernflug.

Brüssel, 11. Nov. (United Preß.) Die belgischen Flieger Medach und Vermegen, die heute morgen vom Flugplatz Wevelghem bei Courtray zu einem Distanzflug nach dem belgischen Kongo aufgestiegen waren, sind bei Laferte-sur-Aube in Frankreich abgestürzt. Die Flieger sind verletzt, ihre Maschine schwer beschädigt.

Forman gegen Schnupfen Wirkung frappant!

Die „Pyramide"
Wochenschrift zum Karlsruher Tagblatt
enthält in ihrer morgigen Ausgabe (Nr. 46) folgende Beiträge: Alte Reichenauer Pläne heiliger Stätten Jerusalems. Von Dr. G. A. Müller in Gutach. — Die Tragik des Künstlers und Hermann Burtes Simson". Von Karl Jörger in Baden-Baden. — Begegnung. Von Heinz Zweifel-Brown in Karlsruhe. — Meine Erinnerungen an Reger. Von Otto Michaeli in Bruchsal. — Ein Vaterunser. Von Franz Sales Meyer †.

Hinterm Ofen.

Jetzt, wo das Herbstlaub von den Bäumen fällt, der Wind über die Stoppeln fegt, und wo es auch des Tags über schon recht empfindlich kühl ist, jetzt schließt man wieder Freundschaft mit dem Ofen. Die Meldungen aus dem Gebirge künden das Nahen des Winters, nicht zuletzt aber auch die Anzeigen der Kohlenhändler, die daran mahnen, seinen Winterbedarf recht bald einzudecken. Das erste Mal im Jahre das Wohnzimmer heizen, das bedeutet eine Cäsur im Kalenderjahr, denn nun kommen die langen, aber traulichen Winterabende, an denen man sich hinter den Ofen macht. Das ist die Zeit, wo man das Heim und ein trautes Familienleben wieder schätzen lernt, wo man eher Lust und Neigung hat, ernsterer Lektüre sich zu widmen, wo, wie vor alters, die Märchen wieder lebendig werden.

Wer denkt da nicht an die Schilderungen und Dichtungen unserer Poeten, an die gemütstiefen Zeichnungen eines Schwind oder Richter, bei denen der gemütliche Kachelofen öfter wiederkehrt. Der Duft gebratener Aepfel, Tabaksrauch und der Kachelofen das ist deutsche Poesie. Wie singt doch der Dichter Mörike von dem alten, biederen Freund, dem Kachelofen?

„Recht als ein Turm tät er sich strecken
Mit seinem Gipfel bis zur Decken,
Mit Säulwerk, Blummwerk, kraus und spitz —
O anmutsvoller Ruhesitz!
Betrachtet mir das Werk genau!
Mir däucht's ein ganzer Münsterbau:
Mit Schildereien wohl gezieret
Mit Reimen christlich ausstaffieret . . ."

Nun, mit den Schildereien auf Kachelöfen ist es heutzutage nicht weit her. Früher haben die Ofensetzer vielleicht mehr Poesie gehabt wie heute. Da gab es lustige Sinnsprüche, religiöse oder abenteuerliche Bildchen und allerlei liebe Sachen, die sehr munter und behaglich waren. Es war wirklich eine Kunst, diese Kachelpoesie. Uralte Oefen in Bauernhäusern, die im Oberland heute noch rundweg „Die Kunscht" genannt werden, zeigen noch solche Schönheiten, die zu Beginn des Industriezeitalters zu seelenlosen Machwerken herabsanken, bis sie endlich ganz verschwanden. Neuerdings, wo das Kunstgewerbe wieder zum Aufschwung kam, haben Keramiker und Bildhauer diese alte Kunst wieder zu Ehren gebracht. Wohl dem!

Kürzlich kam eine Dame aus Italien zurück, gerade zu einer Zeit, wo ich wegen eines Schnupfens mich zwecks Ausdörrung der fließenden Schleimhäute nach einer südlichen Knallhitze sehnte. Ich erwartete nun das bekannte Loblied auf Adriens Schönheit, auf die Farbenpracht der italienischen Küste, auf alles Gute und Schöne, was ein blauer Azur in Italien überflutet. Nichts von dem! Sie sagte: Sie glauben gar nicht, welch ein erhebendes Gefühl es für mich war, als ich, über die Alpen kommend, den prächtigen Herbst Deutschlands sah. So was gibt's auf der ganzen Welt nicht wieder! Und ich freue mich erst auf die molligen Winterabende, wenn man plaudernd am Kamin sitzt!" Das gab mir denn doch zu denken! Seitdem ist meine Italiensehnsucht verflogen — der Schnupfen übrigens auch, und ich freue mich gleichfalls auf die Winterabende. Welche Perspektiven sich da eröffnen, es ist kaum auszudenken. Vom Strickstrumpfgeklapper bis zum Dreimännerskat, vom Rätsellösen für die Kindertante bis zu Hölderlinlektüre, vom Familiendiskurs bis zur Auseinandersetzung über soziale, politische oder ethische Dinge, ein weitgespannter Rahmen! Dazwischenhinein die Adventsfreude! Das gibt behagliche Stunden — hinterm Ofen!

Richard Tschorn.

Der „sowjetisierte" Richard Wagner.

Der Kampf um die „rote Oper". — Ausgepfiffene „gereinigte" Opern. — Das Preisausschreiben zum Zehnjahrsjubiläum der Sowjets und sein Erfolg. — Weihefestspiele mit Katzenmusik.

Von

Wladimir Koropow.

Auf dem Allrussischen Theaterkongreß, der vor kurzem in Moskau stattgefunden hat, mußte das Volkskommissariat für Volksbildung eine Flut von Vorwürfen und Anklagen über sich ergehen lassen. Einige Redner haben es dieser Behörde und ihrem Chef, Herrn Lunatscharski, besonders übel vermerkt, daß es in zehn Jahren Sowjetherrschaft noch immer nicht gelungen sei, eine rote Oper zu schaffen. „Anstatt den Enthusiasmus der Massen mit den Klängen einer Musik anzufeuern, die dem Geist der neuen Zeit wirklich entspricht, werden die Arbeiter durch die alte bürgerliche Musik weiterhin vergiftet" so begann der Vertreter des „Proletkult" seine Philippika. Diese Anklagen sind übrigens nicht neu. Seit Jahren sind sie das Leitmotiv der gesamten russischen Presse, vor allem der führenden Leningrader Theaterzeitschrift „Kunstleben", in denen immer wieder die Unfähigkeit der jungen russischen Komponisten festgehalten wird, Musikwerke von künstlerischem und ideologischem Wert zu schaffen. Das Volkskommissariat hat seinerzeit den „Glaavrepertkom" (Zentralausschuß für die Gestaltung des Spielplans) berufen, der von Lunatschariki und Frau Krupskaja, der Witwe Lenins, geleitet wird. Dieses Gremium begann zunächst den Opernspielplan zu „reinigen". Vor allem wurde Wagners „Lohengrin", der dank der Verkörperung der Titelrolle durch den ehemaligen Kammersänger Sobinow, beim Publikum außerordentlich beliebt war, vom Spielplan gestrichen. Man nannte ihn „ein mystisches Werk, dessen Ideologie mit der Mentalität der Bauern und Arbeiter keineswegs zu vereinigen sei". Auch Massenets „Werther", den derselbe Künstler seinerzeit kreiert hatte, mußte verschwinden, da „die Kultur, die sich im Seelenzustand des Titelhelden abspiegelt, der Gegenwart unangemessen erscheint". Die Zensur hat ferner in der beliebtesten Tschaikowski-Oper „Eugen Onegin" unbarmherzige Striche vorgenommen. Die Volksszenen wurden besonders stark gekürzt, da man in ihnen ein „verlogenes Idyll aus der in Wirklichkeit schrecklichen Zeit der Leibeigenschaft" sehen wollte. Max Schillings „Mona Lisa", die zur Erstaufführung in Moskau bereits erworben worden war, wurde gleichfalls im letzten Augenblick verboten. Eine Zeitlang durfte ihres religiösen Inhalts wegen nicht einmal die stimmungsvollste Oper von Rimsky-Korsakoff „Kitesch", der russische Parsifal genannt, aufgeführt werden. Da unter diesem Gesichtspunkt sämtliche Opern vom Spielplan zu verschwinden drohten, kam der Ausschuß auf den Einfall, die Opern zu „bearbeiten". Der Versuch wurde zuerst mit „Toska" und den „Hugenotten" gemacht. Die auf diese Weise verstümmelten Opern erlitten aber einen kläglichen Durchfall. Vor kurzem erst erhielt ein proletarischer Regisseur den Auftrag Wagners „Siegfried", dessen Musik nach der Meinung des Zentralausschusses „dank ihrer Kraft einen großen Wert hat", umzuarbeiten und dazu einen neuen Text aus der Zeit des russischen Bürgerkrieges zu schreiben. Man weiß noch nicht, wie der Versuch abgelaufen ist. In russischen Opernkreisen ist man auf das Ergebnis einer „Sowjetisierung" Wagners stark gespannt.

Aber selbst wenn dieser Anschlag auf die Kunst nach dem Geschmack der Sowjets Erfolg hätte, gäbe es immer noch keine bodenständige revolutionäre Oper. Der Zentralausschuß für politische Aufklärung hat daher einen Aufruf an die sowjetrussischen Musiker erlassen und sie aufgefordert, ein Opernwerk zu komponieren, das

Die Debatte über die Gemeinschaftsschule.

Das Reichsschulgesetz vor dem Bildungsausschuß.

TU. **Berlin**, 11. Nov.

Der Bildungsausschuß des Reichstages setzte heute die Erörterungen über die Gemeinschaftsschule fort. Annahme fand ein Antrag auf Beschränkung der Redezeit. Danach soll der erste Redner jeder Fraktion 20, bei den wichtigen Paragraphen 30 Minuten Redezeit haben, die weiteren Redner je 10 Minuten.

Im weiteren Verlaufe nahm Minister von Keudell zu der Frage des inneren Gehaltes der Gemeinschaftsschule Stellung und erklärte, daß die Gemeinschaftsschule sich nicht durch die Tatsache, daß in ihr Religionsunterricht erteilt wird, von der weltlichen Schule unterscheiden dürfe. Ein bloß angehängter Religionsunterricht wäre durchaus unpädagogisch. Andererseits wäre es vom verfassungsrechtlichen Standpunkt aus sehr bedenklich, der Gemeinschaftsschule einen noch stärker betonten christlichen Charakter programmatisch zu geben.

Bei der Beratung des Paragraphen 3 des Reichsschulgesetzentwurfes wurden die Anträge der Kommunisten, der Sozialdemokraten, der Demokraten und der Deutschnationalen abgelehnt. Abgeordneter Runkel (D. Vp.) gab die Erklärung ab, daß seine Partei für die Fassung stimmen werde, sich aber ihre Stellungnahme vorbehalte. Die ersten beiden Absätze des Paragraph 3, der die Gemeinschaftsschule behandelt, wurden dann in der Fassung des Entwurfes angenommen.

Die beiden ersten Absätze des Paragraphen 3 des Reichsschulgesetzentwurfes haben folgenden Wortlaut:

„Die Gemeinschaftsschule steht grundsätzlich allen volksschulpflichtigen Kindern offen. Sie erfüllt die Unterrichts- u. Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf religiös-sittlicher Grundlage ohne Rücksicht auf die Besonderheiten einzelner Bekenntnisse und Weltanschauungen. Die aus dem Christentum erwachsenen Werte der deutschen Volkskultur sind im Unterricht und in der Erziehung lebendig zu machen."

Der Deutsche Städtetag zum Reichsschulgesetz.

TU. **Berlin**, 11. Nov.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat an den Bildungsausschuß des Reichstages eine Eingabe gerichtet, in der er sich eingehend mit den finanziellen Auswirkungen des Reichsschulgesetzes befaßt. Der Deutsche Städtetag stellt fest, daß er ebenso wie die Länder die Forderung erheben müsse, daß die Kosten, die aus der Durchführung des Reichsschulgesetzes entständen, den Schulträgern vom Reich ersetzt werden müßten. Dieses Verlangen gründe sich auf die eindeutige Bestimmung in § 54 des Reichsfinanzausgleichsgesetzes, wonach das Reich den Ländern oder Gemeinden neue oder wesentlich erweiterte Aufgaben nur zuweisen dürfe, wenn es gleichzeitig für die Bereitstellung der erforderlichen Mittel Sorge trage. Das sei beim Reichsschulgesetz unzweifelhaft der Fall, da das Reich seinerseits in Ausführung des Artikels 146 der Reichsverfassung eine Umgestaltung der Volksschulorganisation herbeiführe. Es sei nicht angängig, die vermehrten Ausgaben den im Reichsschulgesetz vorgesehenen Antragstellern, auf Grund deren Antrag neue Schulen eingerichtet werden sollten, aufzuerlegen.

Die Belastung der Gemeinden mit Volksschulausgaben habe bisher ein Ausmaß erreicht, das von den Gemeinden als unerträglich empfunden werden müsse. Der Deutsche Städtetag müsse seine Forderung auf Kostenerstattung durch das Reich daher in vollem Umfange aufrecht erhalten.

Die Beratung der Strafrechtsreform

TU. **Berlin**, 11. Nov.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages stimmte heute dem Paragraphen 40 und 41 der Regierungsvorlage zu. Nach § 40 kann nach Verurteilungen zu Gefängnis- oder Einschließungsstrafen bis zu sechs Monaten oder zu Geldstrafen das Gericht anordnen, daß die Strafe nicht vollstreckt wird, wenn sich der Verurteilte gut führt. Nach § 41 soll der bedingte Straferlaß nur bewilligt werden, wenn die Persönlichkeit des Verurteilten, sein Vorleben und sein Verhalten nach der Tat die Erwartung begründen, daß er auch künftig ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben führen werde. Der bedingte Straferlaß soll nicht bewilligt werden, wenn das öffentliche Interesse oder die Rücksicht auf den Verletzten die baldige Vollstreckung der Strafe erfordert.

Der Strafrechtsausschuß erledigte ferner die Paragraphen des Strafgesetzentwurfes, die den bedingten Straferlaß behandeln und schloß damit die Beratung des sechsten Abschnittes des Strafgesetzbuches ab. Der Ausschuß ging dann zum 7. Abschnitt über, der den Titel Nebenstrafen und Nebenfolgen, Verlust der Amtsfähigkeit behandelt. Die Verhandlungen werden am nächsten Donnerstag fortgesetzt.

Die Auswirkung der Postgebührenerhöhung.

Die finanzielle Lage der Deutschen Reichspost.

WTB. **Berlin**, 11. Nov.

In der heutigen Arbeitsausschußsitzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost gab der Reichspostminister einen Ueberblick über die gegenwärtige Lage der Postfinanzen. Danach hat die Erhöhung der Postgebühren in den Monaten August, September und Oktober genau die Mehreinnahme gebracht, die von der Reichspostverwaltung berechnet war. Ein ungünstiger Einfluß der Tariferhöhung auf die allgemeine Preisbildung sei erfreulicherweise nicht in Erscheinung getreten. Die Mehreinnahmen für das laufende Rechnungsjahr werden auf etwa 186 Millionen veranschlagt. Dieser Mehreinnahme steht im Verhältnis zum ordentlichen Voranschlag ein Mehraufwand von 302 Millionen gegenüber, der veranlaßt ist durch die bevorstehende Besoldungserhöhung, durch die seit dem 1. April bereits laufenden Erhöhungen der Wohnungsgelder der Beamten und der Arbeitertariflöhne, durch die bevorstehenden Betriebsverbesserungen und durch laufende Ausgaben, die ihrer Natur nach nicht aus Anleihen gewonnen werden können.

Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben werden Einrichtungen, die für das laufende Jahr vorgesehen waren, soweit wie möglich zurückgestellt und die Betriebskosten auf das geringstmögliche Maß beschränkt. Die im Gange befindlichen Reformen, vor allem im Zustell-, Schalter- und Fernsprechdienst werden hierdurch nicht beeinträchtigt werden. 174 Millionen Anlageausgaben sollen aus Anleihen bestritten werden. Die Frage, wie die Aufnahme von Anleihen bewirkt werden wird, ist bei der gegenwärtigen Lage des Kapitalmarktes noch nicht entschieden.

Berlin. Gegen das freisprechende Urteil im Heydebrand-Prozeß ist nach einer Meldung des „Berl. Lokalanzeigers" aus Breslau Revision eingelegt worden. Da die Staatsanwaltschaft Freispruch selbst beantragt hat, ist die Revision, wie das genannte Blatt vermutet, auf Anweisung der vorgesetzten Behörde eingelegt.

Der Kampf gegen die Opposition in Rußland.

Maßnahmen gegen Trotzki und seine Anhänger.

WTB. **Moskau**, 11. Nov.

Die Presse veröffentlicht eine an alle Parteiorganisationen gerichtete Mitteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei. Die Mitteilung weist darauf hin, daß die sowjetfeindlichen Straßenkundgebungen Trotzkis, Sinojews, Kamenews, Smilgas und Anderer am 10. Jahrestage der Oktoberrevolution in Moskau und Leningrad, die gewaltsame Besetzung des Auditoriums der Moskauer Technischen Hochschule zwecks Veranstaltung einer ungesetzlichen parteifeindlichen Versammlung, die Gewalttätigkeiten gegen Anhänger des Parteiprogramms und die innerhalb der Opposition veranstalteten gesetzwidrigen Versammlungen davon zeugen, daß die Opposition nunmehr beginnt, arbeiterfeindliche Kräfte um sich zu sammeln und neue sowjetfeindliche Aktionen vorbereitet.

Das Zentralkomitee hält eine derartige Handlungsweise der Opposition und ihrer Führer für vollkommen unzulässig und hat es als notwendig erkannt, die Frage der letzten parteifeindlichen Aktionen der Opposition der Zentralkontrollkommission zu unterbreiten. Das Zentralkomitee fordert alle Parteiorganisationen auf, unverzüglich Oppositionelle aus der Partei auszuschließen, die in Nichtparteiversammlungen gegen die Parteipolitik auftreten, schließlich keine gesetzwidrigen von Oppositionellen einberufene Versammlungen zuzulassen, und falls eine solche Versammlung dennoch einberufen werde, diese mit den Kräften der Parteiorganisationen und der Arbeiterschaft aufzulösen.

Hochwassermeldungen aus dem Reich.

Koblenz, 11. Nov.

Die Rheinstrombauverwaltung verbreitet folgende amtliche Hochwassermeldung: Infolge der dreitägigen starken Niederschläge südlich des Mains hält das Steigen von Oberrhein und Main noch an. Neckar, Saar und Nahe sind im Fallen. Die Niederschläge haben bis auf einzelne Schauerregen aufgehört, daher ist baldiges Fallen zu erwarten. Pegel Koblenz gestern 2,62 Meter, heute mittag 12 Uhr: 4,48 Meter. Der Höchststand von 5 Metern dürfte kaum erreicht werden.

*

Trier, 11. Nov. Die Mosel hat heute früh 6 Uhr einen Stand von 6,74 Meter erreicht. Sie steigt jedoch nur noch 3 Zentimeter in der Stunde. Die Moselkleinbahn Trier—Bullay hat zwischen Berncastl und Zeltingen infolge des Hochwassers ihren Betrieb einstellen müssen.

*

Saarbrücken, 11. Nov. Nachdem die Saar am Donnerstag um 20 Uhr ihren Höchststand mit 6,22 Metern erreicht hatte, weist der Pegel heute einen Wasserstand von 5,84 Metern auf. Weitere Hochwassergefahr ist durch das Fallen der Saar und ihrer Nebenflüsse nunmehr beseitigt. Aus zahlreichen Ortschaften werden Hochwasserschäden gemeldet. Die Verkehrswege des unteren Saargebiets sind noch unpassierbar.

*

Nürnberg, 11. Nov. Die Pegnitz ist bei Nürnberg über die Ufer getreten. Der Fluß hat große Ueberschwemmungen verursacht und führt Baumstämme, Gartentüren und andere Gegenstände mit sich. In der Altstadt wurden Straßen überschwemmt.

*

Aus Südtirol werden große Ueberschwemmungen gemeldet. An verschiedenen Stellen ist die Nationalstraße durch das Wasser gesperrt. Im Gebiet von Terlan sind die Bahndämme zum Teil überschwemmt.

Deutsches Reich

Kein Reichskommissar für Ostpreußen und die Pfalz.

TU. **Berlin**, 11. Nov. In der Presse war die Erwartung ausgesprochen, daß nun doch ein Reichskommissar für Ostpreußen eingesetzt würde. Demgegenüber wird von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß eine derartige Absicht nicht bestehe. Es steht nunmehr endgültig fest, daß die zuständige Stelle im Reichsministerium des Innern erweiterte Befugnisse erhalten und weitgehender als bisher mit den zuständigen preußischen Stellen zusamenarbeiten wird. Es wird erklärt, daß die Schaffung eines Reichskommissariats nur eine neue Stelle mehr schaffen würde, die den Behördenapparat komplizieren würde.

Ebenso werden die Gerüchte über einen Sonderkommissar für die Pfalz von zuständiger Stelle abgelehnt und darauf verwiesen, daß für die Angelegenheiten des besetzten Gebietes das Reichsministerium für die besetzten Gebiete zuständig ist. Neben diesem Ministerium eine neue Stelle zu schaffen, liege keinerlei Anlaß vor.

Der Besatzungsabbau in Königstein.

DZ. **Königstein**, 11. Nov. In Auswirkung des Besatzungsabbaues wurden in den letzten Tagen zwei Kompagnien von hier abtransportiert und nach England übergeführt. Gleichzeitig hat man das hier befindliche Bataillon des Manchester-Regiments durch ein Bataillon des Leicester-Regiments ersetzt.

Uebergriffe belgischer Besatzungstruppen.

TU. **Koblenz**, 11. Nov. In der Nacht haben hier Angehörige der belgischen Besatzungstruppen Gartenanlagen am Rhein zerstört und Bänke in den Strom geworfen. Sie demolierten ferner das Schenkendorf-Denkmal und eine Reihe von Fassadenverzierungen. Auch der Salve-Tempel wurde von der Zerstörungswut der belgischen Soldaten betroffen.

Berlin. Die Aufklärung der Schießerei in der Templinerstraße, der der Schuhmacher Neumann und der Bezirksvorsteher Schulz zum Opfer fielen, hat eine richtige Räuberbande in der Wilhelmstraße aufgedeckt. Außer Scharfe und Schlabbach sind noch zwei Burschen festgenommen worden, die mit den beiden eine organisierte schwere Verbrecherbande bildeten.

*

London. Der Minister von Schottland hat bekanntgegeben, daß der vor neunzehn Jahren wegen angeblichen Raubmordes zum Tode verurteilte, aber dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigte Deutsche Slater in Freiheit gesetzt werden soll. Eine Wiederaufnahme des Verfahrens sei nicht in Aussicht genommen. Slater war im Mai 1909 unter der Anklage, eine in Glasgow wohnende ältere Dame ermordet und beraubt zu haben, vom Schwurgericht in Edinburgh zum Tode verurteilt worden. Zwei Tage vor der Hinrichtung wurde er auf Grund einer Petition mit 20 000 Unterschriften, in der gegen die Verurteilung Stellung genommen wurde, zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt.

Den eleganten **Herbst- u. Wintermantel** kaufen Sie preiswert bei **Rud. Hugo Dietrich**

der neuen Zeit würdig sei. Außerdem wurde anläßlich der Zehnjahrfeier der bolschewistischen Revolution ein Preisausschreiben für die beste Oper und das beste Schauspiel veranstaltet. Im ganzen sind 56 Werke eingegangen. Darunter findet man folgende Titel: „Die Frau und die Revolution", „Laßt uns der Sonne gleich sein", „Der Mechaniker Jank" u. a. Der Führer der neurussischen Dichter, Majakovski, schrieb ein Werk, das er als „synthetische Handlung" bezeichnet. Es ist ein Schaustück mit Musik, Ballett, Radio und Kino. Auch rote Ballette wurden komponiert und aufgeführt, u. a. Schvorins „Panzerzug". Das Ballett „Der rote Mohn" wurde bei seiner Erstaufführung, ohne Rücksicht auf seinen revolutionären Inhalt, vom Publikum ausgepfiffen. Ein älterer Komponist, Glières, zurzeit Leiter des Konservatoriums in Moskau, hat die Musik zu dem Ballett „Das rote Leningrad" komponiert. Man beschuldigt ihn, in diesem revolutionären Werk orientalische Musik aus seinen früheren Werken verwendet zu haben. Die preisgekrönte kommunistische Oper ist „Der Durchbruch". Der Text stammt von dem noch aus der Zarenzeit bekannten Dichter Sergius Gorodetski, der vor fünfzehn Jahren Führer der Moderne war, die Musik von einem jungen unbekannten Komponisten Pokitsky. Lunatscharski bezeichnet diese Oper als „eine glänzende Offenbarung der neuen Kunst". Der Text behandelt eine Episode aus dem Bürgerkrieg. Als Heldenbariton erscheint ein Arbeiter, der in seinem Heimatsdorf die „ewige Wahrheit" predigt und eine Arie „auf den Text des kommunistischen Alphabets" von Bucharin singt. Er verteidigt das rote Vaterland gegen die Hydra der Bourgeoisie". Lyrischer Tenor ist der Hauptmann einer weißen Truppenabteilung, Sohn eines ehemaligen Gutsbesitzers; die Heldin gleichfalls eine junge Aristokratin (dramatischer Sopran), die ihren „weißen" Verlobten verläßt um sich der Revolution anzuschließen. Ein alter Muschik singt mit tiefer Baßstimme aktuelle politische Sentenzen. Im letzten Akt wird auf offener Bühne die entscheidende Schlacht zwischen Roten und Weißen geschlagen. Die Oper endet natürlich mit einem auf dem Thema der Internationale aufgebauten Triumphgesang der Roten. Obwohl das neue Werk die offizielle Auszeichnung erhalten hat, sind die Aeußerungen der Presse keineswegs begeistert. „Dieses angebliche Meisterwerk," schreibt ein führender Musikkritiker, „ist nichts anderes, als eine jämmerliche und brutale Kakophonie." Auch das Textbuch wird stark angegriffen. Eine Zeitschrift empört sich über die unglaubliche „Grobheit der Poesie eines ehemals feinen Dichters". „Wir fressen Papier," heißt es an einer Stelle, „während sich unsere Feinde ihre aufgeblähten Magen mit Delikatessen vollstopfen." In der allerletzten Zeit versucht man, da es keine passende rote Oper gibt, eine Art „proletarischer Weihefestspiele" populär zu machen. Auf großen öffentlichen Plätzen, in Parkanlagen und Fabrikräumen werden für eine Zuschauermenge, die manchmal bis zu 10 000 Personen zählt, Episoden aus der Geschichte der russischen Revolution in bombastischer Aufmachung inszeniert. Im Orchester tuten Autohupen, Fabriksirenen heulen, Dampfhämmer und Maschinen erzeugen einen ohrenbetäubenden Lärm. Um besonders starke Effekte zu erzielen, werden an dramatisch bewegten Stellen Gewehrschüsse und Kanonenschläge auf die Nerven des bedauernswerten Publikums abgefeuert

Kunst und Wissenschaft.

Die Schillerpreiskommission setzt sich zusammen aus: Ludwig Fulda, Gerh. Hauptmann, Friedrich Kayßler, Dr. Heinrich Lilienfein, Walter v. Molo, Univ.-Prof. Dr. Julius Petersen und Wilhelm von Scholz.

Verleihung des Nobelpreises an Grazia Deledda. Die schwedische Akademie der Wissenschaften hat der italienischen Schriftstellerin Grazia Deledda den Nobelpreis für Literatur für das Jahr 1926 erteilt. Die Akademie beschloß ferner, über den Literaturpreis für das Jahr 1927 erst im nächsten Jahre eine Entscheidung zu fällen

Karlsruher Konzertleben.

III. Kammermusikabend: Rosé-Quartett.

Zwei große Werke füllten den Abend: Friedrich Kloses Streichquartett Es-dur und Franz Schuberts C-dur-Quintett op. 163 (mit zwei Celli). Die Klosesche Schöpfung sprengt den gewohnten Rahmen des Streich-Quartetts, die großzügige Verarbeitung der Themen forderte erweiterte Form. Diese Form ist dennoch beherrscht und geschlossen, quillt nicht ins Uferlose aus. Ein merkwürdiges Motto hat das Quartett erhalten: „Tribut in vier Raten entrichtet an seine Gestrengen den deutschen Schulmeister." Idee und künstlerische Fassung entsprangen offenbar also kritischer Einstellung, die das „Vivace" am deutlichsten spüren läßt. Friedrich Klose, in Karlsruhe 1862 geboren, Schüler Anton Bruckners, dem er jüngst „Erinnerungen und Betrachtungen" gewidmet hat, ist ein starker, kultivierter, dabei eigenwilliger Geist, der in seiner komplizierten, dabei leidenschaftlich bewegten Wesenheit auch in diesem Streichquartett erscheint und sich Geltung verschafft. An die Ausführung des schwierigen Werkes können sich nur allererste Instrumental-Körperschaften, wie eben das Rosé-Quartett, wagen, das eine glänzende Wiedergabe in großem Stil bot. Arnold Rosé besitzt trotz seines hohen Alters noch einen Führer-Elan von mitreißender Art. Seine Konzentrationskraft strömt ein Fluidum aus, dem sich niemand entziehen kann. Sie packt durch die rhythmische Straffung und den schwungvollen Aufbau der Steigerungen, die in ihrem Volumen immer klanglich bleiben. Mag der Strich manchmal scharf klingen, die Künstlerschaft Rosés reißt über alles fort. Herrlich erstand auch das Schubertsche Streich-Quintett, eine beglückende Gabe. Mit den Herren Rosé, Fischer, Rusitzka und Walter wurde unser einheimischer Konzertmeister Paul Trautvetter, der sich aufs Beste einfügte, herzlich gefeiert. A. R.

Theater und Musik.

Zum 3. Sinfonie-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters schreibt man uns: Edwin Fischer, einer der bedeutendsten und universellsten Pianisten der Gegenwart, ist als Solist gewonnen. Da der Schweizer Künstler besonders als Beethovenspieler überall ungewöhnliche Erfolge erzielt, darf man seiner Wiedergabe des Es-Dur-Klavierkonzertes mit Spannung entgegensehen. Die Vortragsfolge beginnt mit einer seltsamen Erstaufführung. Von K. M. v. Weber, dem Schöpfer des „Freischütz", wird erstmals eine Sinfonie in C-Dur gespielt. Es ist ein Jugendwerk ebenso wie die andere Sinfonie, die zur gleichen Zeit (1807) von Weber geschrieben wurde, aber gerade deshalb sehr interessant, weil Weber später sich überhaupt nie mehr mit sinfonischen Arbeiten beschäftigt hat. Die zweite Hälfte des Programms gehört der Phantastischen Sinfonie von Hector Berlioz, deren genial gesteigerte Klangwirkungen immer wieder aufs lebhafteste fesseln. Das für den 14. November angesetzte Konzert (im Landestheater) steht unter der Leitung von Generalmusikdirektor Josef Krips.

Oscar Wildes „Herzogin von Padua". Die lange gesuchte Handschrift eines Wildeschen Theaterstücks, das man bisher verloren oder vernichtet glaubte, ist in Neuyork aufgefunden worden. Es handelt sich um das vollständige Manuskript einer fünfaktigen Tragödie „Die Herzogin von Padua", die von Wilde für die Schauspielerin Mary Anderson geschrieben, aber niemals aufgeführt worden war. Das Manuskript besteht aus 226 Seiten in Wildes schöner Handschrift. Es ist gegenwärtig im Besitz des Präsidenten der Neuyorker Anderson-Galeries. Es wurde vor einigen Wochen von England nach Amerika durch den Schauspieler George Arliß gebracht, dessen Vater ein Drucker in London war und für Wilde im Jahre 1883 mehrere Abzüge hergestellt hatte. Das Manuskript selbst war, wie man sagt, in die Hände eines Schauspielers übergegangen, der es jahrelang verlegt hatte.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Residenz Lichtspiele Waldstr.

Täglich

Filmspiel in 6 Akten

Landpartie

Eine Spielzeug-Groteske

Der weiße Strom

Kulturfilm

„Die Welt im Bild des Resi"

Nur Sonntag vormittag 11 Uhr Film-Vortrag:
Polarfahrt:
Norwegen-Spitzbergen

Badisches Landestheater

Samstag, den 12. Nov.: *G 8 Th.-G. 3. S.-Gr. (1. Hälfte.)

Die Braut von Messina

von Schiller.
In Szene gesetzt von Dr. Hans Waag.

Isabella	Ermarth
Manuel	Hierl
Cesar	Leitgeb
Beatrice	Bertram
Cajetan	Schulze
Berengar	Herz
Manfred	v. d. Trenck
Bohemund	Dahlen
Roger	Kloeble
Hipolyt	Gemmecke
Diego	Höcker
Boten	Graf, Prüter

Anfang 8 Uhr. Ende 10¼ Uhr.
I. Rang u. I. Sperrsitz 5.— M.
So. 13. Nov.: Nachm.: Spiel im Schloß; abds.: Neu einstudiert: Samson und Dalila. Im Konzerths.: Zum erstenmal: Weekend; Mo. 14. Novemb.: 3. Sinfonie-Konzert.

Residenz-Lichtspiele
Waldstraße 30

Sonntag, 13. November vormittags 11 Uhr

Filmvortrag
Obering. Heinz Blecker-Hannover

Polarfahrt

mit dem Lloyddampfer „München" nach

Norwegen Island Spitzbergen

Der Film gewaltiger polarer Romantik. Interessante Trick- und Zeichenfilme / Mitternachtssonne / Gletscherbewegung / Golfstromdriften

Film der Döring-Film-Werke Hannover
In fast allen Städten bisher ausverkauft

Eintrittspreise: Mk. 1.— und 1.50

Vorverkauf: Lloydreisebüro Goldfarb, Kaiserstr. 181 Ecke Herrenstraße, und an der Theaterkasse
Näheres siehe auch Plakate

Colosseum
Tel. 7599. Waldstr. 1
Täglich abends 8 Uhr
Die lachende Revue
„freut Euch des Lebens"

Korbmöbel
„Mercedes" ab Fabrik an jedermann. Günstige Preise, bequeme Teilzahlg. Verl. Sie Katalog.
Korbmöbelfabrik „Mercedes" Lorch (Württemberg)

Abonnenten
auf bei Inserenten des Karlsruher Tagblatts

KROKODIL
AM LUDWIGSPLATZ
Samstag 8 Uhr und Sonntag 5 Uhr
Großes Bockbierfest
Ausschank von Bockbier aus der Löwenbrauerei in München, Münchner Weißwürste, Bratwürste etc. — Empfehle mein Saal u. Sitzungszimmer für Gesellschaften, Hochzeiten und sonstigen Anlässen. Fritz Riedel.

Großer Serien-Verkauf in Damen-Hüten
HERMANN TIETZ
zu besonders billigen Preisen.

Sammet-Hüte

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
1.75	2.75	4.25	5.50	6.75

Filz-Hüte

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
2.50	3.75	5.25	6.75	8.50

Eleg. Damen-Hüte

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV	Serie V
10.50	13.50	15.50	17.50	20.-

Filz-Capeline alle Farben . . . **2.50**

Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDA)
Ortsgruppe Karlsruhe
Geschäftsstelle Karlstraße 6

Sonntag, den 13. November 1927, abends 7 Uhr, im Festsaale der Gesellschaft „Eintracht", Karl-Friedrichstraße

Gründungs-Feier
Künstlerische Darbietungen mit Ball

Wir laden unsere verehrl. Mitgliedschaft mit Angehörigen und Bekannten herzlichst ein. Einführungen gestattet. Programme sind in der Geschäftsstelle erhältlich. Der Vorstand.

Eintrachtsaal
Dienstag, 15. Nov., abends 8 Uhr
KONZERT
des Violin-Virtuosen
Dr. Karl Brückner
Meisterwerke der Violin-Literatur
Am Flügel: Walter Born
Programm: Chaconne v. Bach. Kreutzer-Sonate von Beethoven, Sinfonie Espagnole von Lalo, Stücke von Dvorak, Chopin und Sarasate
Eintrittskarten zu Mk. 3.30, 2.20, 1.10 einschl. Steuer und Programm im Musikhaus Schlaile, Kaiserstraße 175, Deimer, Kaiserstraße 118 und Tatel, Kaiserstraße 84a, sowie ab 7 Uhr an der Abendkasse

Obstbäume
Beerenobst
Coniferen
Stauden
Rosen
Ziergehölze
Heckenpflanzen
Schlinggewächse
Beehrend. Katalog postfrei. Besichtigung der Kulturen gestattet.
Erich Iben
Baumschulen (seit 1901)
Ettlingen i. Bad.
bei Karlsruhe

BADISCHE KUNSTLOTTERIE
zu Gunsten der Wohlfahrtseinrichtungen der Studierenden der Bad. Landeskunstschule
LOSPREIS
50 Pfg.
GEWINNE:
10941 KUNSTWERKE || WERT: R.-M. 44 150
Herrenzimmer von Prof. Spannagel, Gemälde, Broncen, Plastiken, Aquarelle, Keramiken, Originalgraphik u. kunstgewerbliche Arbeiten
Ziehung am 15. Dezember 1927
Jedes 10. Los gewinnt!
Lose sind in den durch Plakate kenntlich gemachten Verkaufsstellen erhältlich
11 Lose und Liste gegen Voreinsendung von R.-M. 5.25 und durch die Lotterie-Geschäftsstelle, Karlsruhe Leopoldstraße 1, am Kaiserplatz.

Schwarzwaldverein.
Am 13. November
Monatswanderung:
Busenbach — Barbarakapelle — Langensteinbach (M) — Steinig — Stupferich — Durlach. Abfahrt 10.12 Uhr Albtalbahnh.

Freireligiöse Gemeinde
Sonntag, den 13. November 1927, vorm. 10 Uhr, im Handelskammersaal, Karlstraße 10
Sonntags-Feier
Vortrag des Herrn Prediger Saenger, Karlsruhe über: „Unsere Toten".
Der Zutritt ist jedermann gestattet

Roederer
In der Korallen-Grotte
Heute Samstag abend
Chrysanthemen-Fest
Tanz-Gymkhana
Wertvolle Preise
Original-Lloyd-Band

Zweimalige Wiederholung des Agfa-Lichtbilder-Vortrags
im großen Hörsaal der Chemie, Technische Hochschule
Dienstag, den 15. November, abends 8 Uhr
und
Mittwoch, den 16. November, abends 8 Uhr
Eintritt frei!
jedoch nur gegen neue Sonderkarten, die in beschränkter Anzahl, nach Maßgabe der verfügbaren Plätze, von den hiesigen Photogeschäften ausgegeben werden.

Alte Brauerei Hoepfner
*
Eröffnung der neuhergerichteten Räume
Samstag, den 12. November 1927, nachm. 5 Uhr
In Küche und Keller biete ich Bestes und Preiswertes
Spezialität:
Hoepfner-Pilsner / Deutsch-Porter
Jos. Hennhöfer und Frau
langjähriger Küchenmeister
zuletzt Städt. Ratskeller Ludwigshafen
*
Eröffnung des Hoepfnerbräu-Kellers am 19. November 1927

Badischer Leib-Grenadier-Verein E. V. Karlsruhe.
Samstag, den 12. November 1927, abends 8 Uhr findet im kleinen Festhallesaal (östl. Eingang) unser
34. Stiftungsfest mit Ball
statt.
Hierzu laden wir unsere Mitglieder nebst werten Familienangehörigen herzlich ein. Eintritt frei. Einführungsrecht gestattet. Vereinsabzeichen anlegen.
Die Veranstaltungskommission

Turnen / Spiel / Sport

Sportplatz verl. Hardtstraße Straßenbahnlinie 5
Sonntag, den 13. November nachm. ½3 Uhr
F.C. Freiburg V.f.B.
Vorher Jugendmannschaften
Mitgliedskarten sind vorzuzeigen!

Sportplatz F.C. Mühlburg
Sonntag, den 13. November, nachm. ½2 Uhr
F.G. Rüppurr – F.C. Mühlburg
Abends 7 Uhr Westendhalle
Tanzunterhaltung

Frankoniaplatz. — Sonntag ½3 Uhr
Südstern – Frankonia
Einheitspreis 50 Pfg. — Erwerbslose 30 Pfg.

Alldeutscher Verband
Ortsgruppe Karlsruhe
Vortrag **Karl Grube**-Berlin
über:
Ein Locarno des Ostens
Montag, 14. November, abends 8 Uhr, „Palmengarten" (Herrenstraße 34a) Eintritt frei.

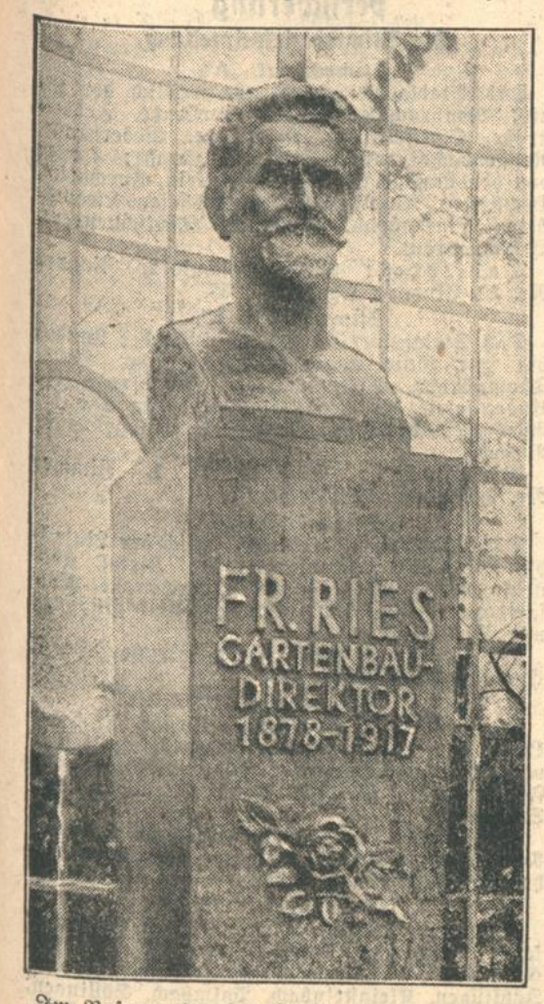
Auto-Garagen Lagerhallen
in Wellblechkonstruktion, aus Vorrat
Tankanlagen
Eiserne Fahrradständer
Wolf, Netter & Jacobi-Werke
Bühl (Baden)

GRAMMOPHONE
Platten und Apparate in reicher Auswahl — Günstige Zahlungs-Bedingungen
b. d. Hauptpost GERBER & SCHAWINSKY Kaiserstr. 221
Dem Ratenkaufabkommen der Beamtenbank angeschlossen.

PLAKATE
in künstlerischer Ausführung nach eigenen Entwürfen liefert rasch und preiswert die
DRUCKEREI DES KARLSRUHER TAGBLATTES
Ritterstraße 1 Fernruf 297

EINRAHMUNGEN / VERGOLDERARBEITEN
BILDER / SPIEGEL / ÖLGEMÄLDE
b. d. Hauptpost GERBER & SCHAWINSKY Kaiserstr. 221
Dem Ratenkaufabkommen der Beamtenbank angeschlossen.

Aus dem Stadtkreise



Im Rosengarten des Stadtgartens wurde die Büste des früheren Stadtgartendirektors Ries, des Schöpfers dieser Anlage, aufgestellt.

Der Mann, der eine Nadel trug.

Heutzutage trägt fast jeder Mensch eine Nadel auf der Rockklappe, um zu zeigen, wohin er gehört, damit die Angehörigen der gleichen Vereinigung wissen: „das ist einer von uns". Und das ist auch gut so, aber wer eine solche Nadel trägt, soll wissen, daß er auch Verpflichtungen hat.

Ich sah in einem Wagen 4. Klasse, wie eine alte Frau mühsam einen schweren Reisekorb hineinschob. Aber ehe ich selber helfen konnte, sprangen ein paar junge Leute heran und faßten kräftig an. Wir kamen ins Gespräch, es waren junge Kaufleute. Ich sagte ihnen, daß ich mich über ihre Hilfsbereitschaft gefreut hätte, und sie antworteten: „An unserem Bunde ist es Pflicht, Frauen und alten Leuten zu helfen." — Das war brav, und am liebsten würde ich jetzt den Bund, der seine Angehörigen so gut erzieht, öffentlich nennen. Wenn ich es aber nicht tue, so hat das seinen besonderen Grund.

Ich traf ein anderes Mal auf der Reise einen anderen Angehörigen dieses Bundes, der außer seiner Nadel noch zwei für ihn sehr wertvolle Dinge besaß, die ich nicht hatte, nämlich 1. einen guten Sitzplatz und 2. ein gutes Sitzfleisch. Das Abteil war voll, ein paar alte Frauen mußten stundenlang stehen, der Nadelmann las in seiner Zeitung und kümmerte sich nicht darum. Nach einer Stunde sagte er zu der einen alten Frau: „Ich steige gleich aus, dann können Sie sich auf meinen Platz setzen." Ich sagte dem Großmütigen: „Lieber Freund, wenn Sie wieder einmal auf Reisen gehen, dann lassen Sie lieber Ihre Nadel zu Hause!" Er knurrte etwas, was ich nicht verstand. Augenscheinlich hatte er mich auch nicht verstanden. Vielleicht fällt's ihm aber ein, wenn er diese Zeilen liest.

*

Konsularische Vertretung Panamas. Der zum Generalkonsul von Panama in Hamburg ernannte Luis F. Estenoz ist zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden zugelassen worden.

Ausstellung „Unsere Heimat". Wie wir hören, hat das Badische Ministerium für Kultus und Unterricht einen Erlaß an die Schulen gerichtet, worin das wertvolle Anschauungsmaterial der Ausstellung im Landesgewerbeamt zur Besichtigung durch die Schulklassen empfohlen ist. Den Schulklassen und auch Gesellschaften, stehen Führer kostenlos zur Verfügung; bei vorheriger Anmeldung steht dem Besuch von Klassen die Ausstellung auch zu anderer Zeit als den bereits bekanntgegebenen Besuchsstunden offen. Am Sonntag ist die Ausstellung von 11—6 Uhr geöffnet. (Siehe die gestrige Anzeige.)

Den Reisepaß nicht vergessen. Eine kurze Spanne Zeit noch, dann wird der Reiseverkehr nach den Wintersportplätzen seinen Anfang nehmen. Aus diesem Anlaß sei daran erinnert, daß es unumgänglich notwendig ist ein Legitimationspapier mit sich zu führen. Besonders dann, wenn sich die Reise in die Grenzgebiete erstreckt. Wenn auch die Visaschranken mit den Nachbarstaaten zum größten Teil gefallen sind, so ist deshalb der deutsche Reisepaß doch nicht entbehrlich geworden. Führt man diesen Ausweis nicht mit sich, so ist eine Einreise ins Ausland — hier kommt vor allem Oesterreich in Frage — nicht möglich. Aber auch für den innerdeutschen Reiseverkehr ist das Mitführen eines solchen Passes stets zu empfehlen.

Der Schach-Weltmeisterschaftskampf geht weiter. Die Nachricht, wonach bei dem Schach-Weltmeisterschaftskampf in Buenos-Aires von der 20. Partie ab auch die Remisen mitgewertet würden, hat sich nicht bestätigt. Somit ist der Kampf zwischen Dr. Aljechin und dem Titelhalter Capablanca auch noch nicht mit der 25. Partie erledigt, sondern geht weiter. Inzwischen ist die 26. Partie nach 22 Zügen bereits remis gegeben worden und auch die 27. Partie endete nach 38 Zügen ohne positives Ergebnis. Aljechin führt demnach immer noch mit 4:2 Punkten.

Erhaltung der Angestelltenversicherung.

Das ist die Parole, mit der der Gesamtverband Deutscher Angestellten-Gewerkschaften, dem der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband, der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten, der Deutsche Werkmeister-Bund und auch die katholischen Angestelltenvereinigungen in gemeinsamem Kampfe in die Wahlen zur Angestelltenversicherung am Sonntag, den 13. November gehen. Die genannten Verbände hielten am Donnerstag abend im Saale des „Krokodil" eine Wahlversammlung ab, die außerordentlich stark besucht war, so daß außer dem großen Saale auch noch der kleine Saal besetzt werden mußte. Die Verbände hatten sich drei Redner kommen lassen, die seit langen Jahren die Entwicklung der Angestelltenversicherung miterlebt und miterkämpft haben.

Der Vorsitzende, Geschäftsführer des D.H.V. Karlsruhe, Knauß, erklärte in seiner Eröffnungsansprache, daß der dritte Redner, der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Werkmeister-Bundes, Heinrich Effelsberg-Essen leider nicht sprechen könne, da er als Diskussionsredner in die Versammlung der Gegner gegangen sei. Die Verbände hätten schon seit Monaten diesen Tag für die Versammlung festgesetzt, und der Afabund habe daraufhin vor kurzem ebenfalls seinen Versammlungsabend auf den gleichen Abend bestimmt, ein sehr durchsichtiges Manöver, das er übrigens auch in ganz Baden durchgeführt habe. Geschäftsführer Knauß dankte dann den Anwesenden für das zahlreiche Erscheinen, den Rednern für ihre Mühewaltung und den Vertretern der bürgerlichen Presse für ihre Anwesenheit und ihre Unterstützung.

Das Thema sämtlicher Redner des Abends war:

Wollen wir unsere Angestellten-Versicherung erhalten?

Als erste sprach Frl. Clara Meinek-Berlin, die Hauptgeschäftsführerin des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Mitglied des Direktoriums der Reichsversicherungsanstalt. Sie betonte eingangs, daß man sich in der Oeffentlichkeit zu wenig für die sozialen Versicherungen interessiere, die doch von so ungeheurer Bedeutung für das ganze Volk seien, und in denen Deutschland trotz aller Not immer noch sämtlichen anderen Ländern weit voraus sei. Eine Versicherung brauche Ruhe und Zeit, um sich zu entwickeln und auszuwirken und die Angestelltenversicherung, die erst 1½ Jahrzehnte bestehe, könne noch nicht die Höhe ihrer Leistungsfähigkeit erreicht haben, da ja auch noch keine Renten für lebenslang bezahlte Beiträge ausgeworfen würden. Trotz Krieg und Inflation habe sie sich glänzend weiter entwickelt, nachdem sie am 1. Januar 1913 durch Gesetz eingerichtet worden sei. Bis dahin seien die Angestellten in der Invalidenversicherung gewesen, hätten sich aber nach langen Kämpfen eine eigene Versicherung erkämpft, da sie größere Leistungen erreichen, aber auch größere Beiträge zahlen wollten. In der Not der Kriegs- und Inflationsjahre habe sich die Angestelltenversicherung allein gehalten, während die Invalidenversicherung staatliche Zuschüsse habe erhalten müssen, um die Auszahlung der Renten zu ermöglichen.

Die Leistungen der Angestelltenversicherung

seien trotz ihres kurzen Bestehens schon heute sehr hoch. Witwenrenten bis zu 380 Mark bei mehreren Kindern seien zwar eine Ausnahme, aber der Durchschnittssatz betrage mit den früher in der Invalidenversicherung erworbenen Ansprüchen 67 Mark gegenüber einer Durchschnittsleistung der Invalidenversicherung von 25—35 Mark (landwirtschaftliche und industrielle Arbeiter). Dazu kämen noch für Kinder unter 18 Jahren 7.50 Mark. Die Invalidenversicherung gewähre Renten vor dem 65. Lebensjahre erst dann, wenn der Versicherte zu ⅔ erwerbsunfähig sei. Dabei sei es gleichgültig, ob die Erwerbsunfähigkeit im eigenen Berufe erfolge. Bestimmend sei die allgemeine Arbeitsunfähigkeit überhaupt, so daß man z. B. einem höheren Angestellten keine Rente zahle, wenn er zu mehr als einem Drittel noch gewöhnliche Arbeiten verrichten könne, so daß auch eine kaufmännische Angestellte in gehobener Stellung gezwungen werden könne, als Aufwartefrau zu arbeiten. Demgegenüber zahle die Angestelltenversicherung die Rente bei 50 Prozent Erwerbsunfähigkeit im Berufe des Versicherten. Wenn die Angestelltenversicherung nach dem Plane des Afabundes und der Sozialdemokraten mit der Invalidenversicherung verschmolzen werde, bedeute das keine Hebung der Invalidenversicherung, sondern eine Nivellierung der Angestelltenversicherung. Der Werkmeister-Bund wünsche nun eine Herabsetzung der Wartezeit, die jetzt für Männer 120 Monate, für Frauen 60 Monate betrage, auf 60 Monate allgemein. Dagegen hätten die anderen befreundeten Verbände nichts einzuwenden. Eine Herabsetzung auf 100 Monat sei ja schon in Aussicht genommen. Der Afabund fordere neuerdings einen gesetzlichen Anspruch auf das

Heilverfahren der Angestelltenversicherung,

ohne aber dabei die Unmöglichkeit einer gesetzlichen Regelung zu überlegen. Ueber 60 Prozent der auf Gewährung von Heilverfahren gestellten Anträge seien gewährt worden, aber man müsse bei der Untersuchung der Anträge so viele Umstände berücksichtigen und dabei käme eine so große Anzahl von Einzelmomenten in Frage, daß nur von Fall zu Fall entschieden werden könne. Es genüge nicht, wenn man einfach ein Attest beibringe, in dem der Arzt ohne Erläuterungen schreibt, der Patient habe eine Sanatoriums- oder Badekur nötig. Von den Angestellten müsse ein weiterer Einfluß in der Versicherungsverwaltung angestrebt werden. Es genüge nicht, daß die Verbände vor der Ernennung eines Direktoriumsmitgliedes befragt würden, sondern sie müßten die Direktoriumsmitglieder selbst ernennen. Man habe darauf einen umso größeren Anspruch, als der Staat zur Angestelltenversicherung überhaupt nichts leiste und alles von den Angestellten selbst aufgebracht werde. Unter allen Umständen müsse man sich dagegen wehren, daß die Versicherung in den Topf einer allgemeinen Volksfürsorge geworfen werde. Dabei würden die Angestellten nur verlieren. Die Rednerin betonte dann noch die Notwendigkeit, daß auch die weiblichen Angestellten wählen, damit auch sie in den Verwaltungsräten genügend Sitze erhielten. Die erfolgte

Listenverbindung zwischen den drei befreundeten Verbänden

ermögliche es, jede abgegebene Stimme auszunützen. Frl. Meinek schloß mit dem Appell, der Wahlpflicht zu genügen und auch die Kollegen zur Wahl zu veranlassen. Der Rednerin dankte für ihre ausgezeichneten Darlegungen stürmischer Beifall.

Als zweiter Redner sprach Reichstagsabgeordneter Otto Gerig-Köln, Mitglied der Verwaltung des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes. Er betonte, daß die vereinigten Verbände bei dem Wahlkampf nur der Gedanke an die Erhaltung der in jahrzehntelangem Kampf errungenen Angestelltenversicherung treibe. Die Wahl habe insofern über die Zukunft der Versicherung zu entscheiden, weil kein Gesetzgeber es wagen würde, gegen die überzeugende Mehrheit der Versicherten zu handeln. Die Ziele des Afabundes gipfelten in dem Bestreben, eine allgemeine Staatsbürgerfürsorge zu schaffen auf dem Boden eines allgemeinen Proletariates. Neuerdings behauptet der Afabund, entgegen seinen bisherigen Erklärungen, daß er keine Verschmelzung der Angestellten- mit der Invalidenversicherung, sondern nur eine Vereinheitlichung anstrebe. Was er unter dieser Vereinheitlichung versteht, habe er aber bisher noch nicht erklärt. Das einzige und letzte

Ziel des Afabundes ist die Zerschlagung beider Versicherungen

und die Schaffung einer allgemeinen Volksfürsorge. Eine solche könne aber nur durch öffentliche Mittel durchgeführt werden. Wenn der Afabund behaupte, die Leistungen der Angestelltenversicherung seien zu klein, so müsse man dem entgegenhalten, daß die Angestelltenversicherung unmöglich schon am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei, da sie erst 14 Jahre bestehe. Für die Invalidenversicherung habe man die höchste Leistungsfähigkeit und Stabilisierung erst nach 60jährigem Bestehen also für 1961 errechnet. Bisher habe ja noch keiner der rentenempfangenden Angestellten seine Beiträge 30 und mehr Jahre, sondern höchstens 14 Jahre entrichtet, so daß er natürlich unmöglich eine Höchstleistung an Rentenzahlung erwarten könne. Das Bestreben des Afabundes, für alle Versicherten ein Existenzminimum, eine bestimmte Rente festzusetzen, bedeute eine Ungerechtigkeit und Unmöglichkeit, denn selbstverständlich müsse der Versicherte eine höhere Rente erhalten, der mehr Beiträge gezahlt habe, als der andere Versicherte, der vielleicht nur die Hälfte der Beiträge abgeführt habe. Die Gleichmacherei sei in der Invalidenversicherung durchgeführt worden, mit dem Ergebnis, daß die landwirtschaftlichen Arbeiter mit geringem Barlohn und geringen Beiträgen von den höher bezahlten Industriearbeitern durch deren Beiträge mitbezahlt würden. Der Redner ging dann auf die Knappschafts-Versicherungen der Bergarbeiter und Bergbauangestellten ein, die das Umlageverfahren haben und entwickelte genau, zu welchen Unzuträglichkeiten eine solche Versicherungsmethode führe.

Das Umlageverfahren komme für die Angestelltenversicherung nie in Betracht,

denn wenn man jetzt das Vermögen aufteile, habe man keine Reserve für die von Jahr zu Jahr sich erhöhende Zahl der Rentenempfänger.

Die Entwicklung des Umlageverfahrens sei folgende: Im Anfang käme durch die Umlage eine große Beitragszahlung zustande, da naturgemäß im Beginn einer Versicherung nur verschwindend wenig Rentenempfänger vorhanden seien. Die Zahl der Rentenempfänger wachse aber stetig mit dem Alter der Versicherung und die Folge sei, daß die Renten erniedrigt werden müßten. Bei dem Fortschreiten dieser Entwicklung müßten schließlich, um überhaupt noch Renten zahlen zu können, die Beiträge mehr und mehr erhöht werden, so daß es schließlich einen Punkt gebe, an dem die Beiträge höher als die Renten seien. Dagegen würden sich natürlich alle Versicherten wehren mit dem Ergebnis, daß die Versicherung auseinanderfalle. Die Behauptung des Afabundes, daß die Verwaltung der Angestelltenversicherung zu teuer sei, entspreche nicht den Tatsachen, denn

der Verwaltungskostensatz der Angestelltenversicherung betrage 3,6 Prozent gegen 5,4 Prozent der Invalidenversicherung.

Der Wahlkampf gelte weiter der Verdrängung staatlicher Bürokratie aus der Verwaltung der Angestelltenversicherung und der Selbstverwaltung der Angestellten. Die Nationalversammlung hat durch den damaligen sozialdemokratischen Arbeitsminister den Antrag auf Selbstverwaltung abgelehnt mit der Begründung, daß die Gelder nach den gesetzlichen Bestimmungen verwaltet werden müßten, als ob das nicht auch bei der Selbstverwaltung der Fall sein würde genau wie in den Krankenkassen. Eine behördliche Aufsicht würde vollkommen genügen. Der kommende Sonntag bringe jetzt die Entscheidung, ob die Ziele der Sozialdemokraten und ihres Afabundes in Erfüllung gehen sollten, ob die bisherige Linie beibehalten wird und noch ein weiterer Ausbau der Angestelltenversicherung erfolgen kann. Bis Mittwoch wäre bereits in 28 Bezirken des Reiches gewählt worden mit dem Ergebnis, daß von 273 Vertrauensmännern die Vereinigten bürgerlichen Gewerkschaften 245 (D.H.V. 118), der Afabund ganze 13 und die Unorganisierten 15 Sitze erhalten hätten. Dieser bisherige Sieg müsse bis zum Ende fortgeführt werden. Langanhaltender Beifall folgte den überzeugenden und mitreißenden Ausführungen des Redners.

Geschäftsführer Knauß schloß darauf die Versammlung, da sich niemand zur Diskussion meldete, ebenfalls mit dem Appell, am Sonntag das Wahlrecht auszuüben, um der Proletarisierung der Angestelltenversicherung vorzubeugen. Die Liste des weiblichen Verbandes sei „F", die des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes „E" u. die Werkmeisterbundes „C".

Schnee.

Wer hätte das noch vor einer Woche gedacht, daß wir gestern in Karlsruhe den ersten Schnee hatten. Er war ja noch recht spärlich, so spärlich, daß er kaum die Straßen naß machte, aber es waren doch die Vorboten des Winters, die Patrouillen, die das Gelände erkunden sollten. Gar zart und klein waren die „Flocken" — man sagt besser Flöckchen —, und sie wirbelten auch noch garnicht so recht nach toller Schneeflockenart in raschem Wirbel herum, sondern kamen zaghaft, fast schüchtern, als getrauten sie sich noch nicht, die Erde bereits am 11. November zu begrüßen. Nach dem Regen der letzten Tage haben sich aber alle gewiß über diesen „ersten Schnee" gefreut, der noch kein rechter Schnee war, sondern Schneestaub, aber immerhin, man mag sagen, was man will — es war doch der erste Schnee.

Auf den Bergen sieht es schon etwas anders, grimmiger und ernster aus. Der Kälteeinbruch im Schwarzwald hat sich im Laufe des Freitag verschärft und brachte namentlich in den Hochlagen die ersten strengen Fröste. Im ganzen Schwarzwald verzeichnete man am Freitag oberhalb 800 Meter einen „meteorologischen Wintertag", da zum ersten Male das Thermometer den ganzen Tag über unter Null Grad blieb. Rauhe und böige, zeitweilig stürmische West- u. Nordwestwinde treiben seit den Nachtstunden Schneewolken dahin, die sich an den Gebirgsmassiven stauen und sich über den Bergen entladen, wo seit 24 Stunden zeitweise kräftiges Schneegestöber herrscht.

Im nördlichen Hochschwarzwald liegt eine dünne, jedoch geschlossene Schneedecke bis weit herab. Vom Bühlertal an erscheint das aufsteigende Gebirge im glitzernden Weiß. Auch von der Rheintalbahn sieht man die verschneiten Gebirgsketten, während die Ebene noch schneefrei ist. Vom Kurgebiet der Bühlerhöhe werden 2 bis 3 Grad Kälte, von den Hochlagen (Badener Höhe und Hornisgrinde) einige Zentimeter Schneehöhe gemeldet. Die Aussichten für eine Aufnahme des Wintersportes sind zunächst noch gering, da bei dem Ansteigen des Luftdruckes eher mit Aufheiterung und stärkerem Frost, als mit weiteren Schneefällen zu rechnen ist. Vom Ruhestein und vom Kniebis werden 3 Grad Kälte und leichter Schneefall gemeldet.

Etwas ergiebiger hat es im südlichen Schwarzwald geschneit. Nicht nur alle Gebirgskämme und größeren Bergerhebungen tragen eine geschlossene Schneedecke, sondern auch die Hochtäler glitzern im ersten Schneegewande. So ist das Höllental mit einer Schneedecke überzogen und auch die östlichen Gebirgsläufer sind schneebedeckt. Im Gebiet des Feldberg erreicht die Schneedecke etwa 8—10 Zentimeter, der Neuschnee ist trocken und pulvrig. Auf dem Kamme weht ein eisiger Nordwestwind bei —8 Grad. Vom Herzogenhorn werden 9 Grad Kälte und 10 Zentimeter Neuschnee gemeldet. Die geschlossene Schneedecke reicht bis Bärental-Altglashütten und bis Titisee herab. Das Winterwetter scheint im Hochschwarzwald weiteren Bestand zu haben, da die Temperatur noch weiter sinkt und auch am Freitag nachmittag mehrere Grad unter Null blieb. Die niedergehenden Schneefälle erfolgen jedoch nur noch strich- und zeitweise, so daß bei der geringen Schneeunterlage vorderhand an die Aufnahme des Skisportes noch nicht gedacht werden kann.

*

Die Wirtschaftlichkeit der Städteheizung. In dem in Nr. 311 erschienenen Artikel über dieses Thema muß es im zweitletzten Absatz heißen: Auch bei dem Bau von größeren Krankenanstalten wird man eine Kuppelung von Kraft- und Wärmewirtschaft nur für den Eigenbedarf vorsehen, da solche Anstalten in der Regel eine Pumpen-Wasserheizung (nicht Wasserleitung) erhalten.

Unfall. An einem Neubau in der Südstadt fiel ein verheirateter Monteur von hier von einem 2½ Meter hohen Gerüst herab und zog sich schwere Rückgratverletzungen zu. Er mußte im Krankenauto ins Städtische Krankenhaus gebracht werden.

Festgenommen wurden: ein 24 Jahre alter Hilfsarbeiter von hier wegen Körperverletzung und Widerstand, ein 22 Jahre alter geschiedener Blechner aus Welschneureut wegen mehrfachen Betrugs und Unterschlagung, und sieben Personen wegen sonstiger strafbarer Handlungen.

Neues vom Film.

„Der Seeräuber". Wie Douglas Fairbank mitteilt, hatte er schon seit Jahren den Plan, einen Piratenfilm herzustellen. Die größte Schwierigkeit war nur, das geeignete Manuskript zu erhalten. „Der Seeräuber" sollte ursprünglich schon vor dem „Dieb von Bagdad" hergestellt werden. Bald mußte er jedoch einsehen, daß jahrelange Vorarbeiten für einen solchen Film nötig waren und so mußte „Der Seeräuber" vorläufig noch zurückstehen. Tausende Details mußten erst ausgearbeitet werden, um ein wirklich getreues Bild des Piratenlebens zu geben. Die Kostüme waren verhältnismäßig einfach, aber man mußte erst die Gewohnheiten der Piraten, ihre Art zu fechten und ihre Sitten studieren. Viele wertvolle Originale mußten angeschafft werden, Dolche, Säbel, Flinten und dergleichen. Man mußte Galionen des 18. Jahrhunderts bauen und sehen, daß die Segelung in jedem Detail authentisch war. Der Film ist in Farben photographiert und läuft zurzeit in den Atlantik-Lichtspielen am Durlacher Tor.

STAATL. FACHINGEN
Natürliches Mineralwasser
altbewährt bei
Magen- u. Darmerkrankungen
Uebersäuerungen, Sodbrennen, Hyperazidität)
und
Darmkatarrhen
Hauptniederlage: Bahm & Baßler, Zirkel 30, Tel. 255

Die Wohlfahrtseinrichtungen der Badischen Landeskunstschule

Die auffällige Tatsache, daß der Ausschuß der Studierenden der Badischen Landeskunstschule sich veranlaßt sieht, eine Lotterie zur weiteren Finanzierung seiner Wohlfahrtseinrichtungen aufzulegen, gibt zu der Frage berechtigten Anlaß, was die Wohlfahrtseinrichtungen der Landeskunstschule für den Studierenden bedeuten.

Es ist statistisch festgestellt, daß ein erheblicher Prozentsatz aller Kunstschüler aus wenig bemittelten Familien stammt, denen die erforderlichen Gelder zum Studium fehlen und denen in irgendeiner Weise geholfen werden muß. In den Vorkriegsjahren halfen Städte und Körperschaften mit bedeutenden Stipendien aus. Dies ist heute leider nur teilweise, meist aber nur mit unzulänglichen Mitteln der Fall. Um einigermaßen einen Ausgleich zu finden, schufen in gemeinsamer Arbeit Senat und Studierenden-Ausschuß unter dem Zwang der Verhältnisse eine Reihe von Wohlfahrtseinrichtungen.

Das wesentlichste Bedürfnis war die Schaffung einer Mensa oder Speiseanstalt. Durch das Entgegenkommen des Karlsruher Studentendienstes konnte die Mensa der Kunstschule mit der der Technischen Hochschule zusammengelegt werden. Die entgegengesetzte Stadtlage beider Lehrstätten bedingt aber eine große räumliche Entfernung. Für die Zukunft müßte die Schaffung einer eigenen Mensa im Zusammenhang mit einem Internat für Kunstschüler als Ziel gesetzt werden. Der Studierende erhält für 50 Pfg. in der Mensa ein gutes Mittag- und Abendessen. Besonders bedürftige Kunstschüler genießen Mensa-Freitische, leider aber noch nicht in genügender Zahl, weil die Kosten für die Mensa vom Ausschuß nur mühsam aufgebracht werden können. Die Speiseanstalten der Universitäten und Hochschulen erfahren vielfach Unterstützung durch ihre Verbindungen und deren alte Herren.

Bei der Landeskunstschule verhält sich dies anders. Der mit seinem Studium fertige Künstler begegnet beim Eintritt in das Leben erst den eigentlichen Schwierigkeiten, und so kann deshalb der frei schaffende Maler oder Bildhauer nur in wenigen Fällen den Nachwuchs seiner ehemaligen Lehrstätte unterstützen. Die Beihilfe des Staates für die Mensa ist leider unzulänglich.

Eine weitere Wohlfahrtseinrichtung ist die Krankenkasse, die infolge ihres finanziellen Standes nur in ungenügender Weise dem Kunstschüler in Krankheitsfällen zu helfen vermag. Es ist unbedingte Notwendigkeit, diese Einrichtung zu verbessern.

Ein wesentlicher Teil der Wohlfahrtseinrichtungen ist die Materialhilfe. Man kann sich nur schwer eine Vorstellung davon machen, was der Kunstschüler zum Studium alles benötigt. Der Studierende einer Malklasse benötigt vor allem Leinwand, teure Farben und Pinsel, um ein technisches Können zu erlangen. Der angehende Bildhauer benötigt außer einem guten Modell, Ton oder wertvollen Stein, um seine Figuren zu schaffen. Will er sein Werk in Bronzeguß umsetzen — dem Ideal aller Bildhauerkunst — entstehen ihm beträchtliche Unkosten.

Wollen wir aber unseren Kunstschulen wieder jene Bedeutung zukommen lassen, die sie eigentlich haben müßten, wollen wir, daß unser kulturelles Leben durch eine junge Generation neu erstehen wird, so ist es notwendig, alle jene Schwierigkeiten zu überwinden und mit allen Mitteln daran zu schaffen, um in dem wirtschaftlichen Dasein der Kunstschüler eine Aenderung anzustreben. Die Badische Kunstlotterie ist zu diesem Ziel mit ein Weg. Der Ausschuß der Studierenden der Badischen Landeskunstschule hat die Lotterie gewählt, weil keine andere Möglichkeit für den Augenblick gegeben war. Es ist deshalb zu hoffen, daß seine ernsthafte Bitte um Mithilfe bei allen Gebildeten Verständnis findet, damit er in der Lage ist, mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die wirtschaftliche Lage der von ihm vertretenen Kunstschüler zu verbessern.

Wer kulturell interessiert ist und sich verpflichtet glaubt, an dieser Aufgabe mitzuarbeiten, wird gebeten, sich an die Geschäftsstelle der Badischen Kunstlotterie, Karlsruhe, jetzt Kaiserplatz, Leopoldstr. 1, zu wenden.

Chronik der Vereine.

Badischer Schwarzwaldverein, Ortsgruppe Karlsruhe. „Etwas fürs Gfüh (Gefühl) waren die heiteren musikalischen und deklamatorischen Darbietungen der Hauskapelle Schmid-Padewet, womit diese am vergangenen Donnerstag den Vereinsabend so trefflich auszugestalten vermochte. In bunter Reihe folgten musikalische Vorträge, bayerische Volkslieder und solche des steirischen Heimatsängers Koschat. In humorvoller Weise wußte Herr Schmid-Padewet die einzelnen Pausen mit launigen Erzählungen auszufüllen, die viel Heiterkeit erregten; so u. a. bei der Inhaltswiedergabe des Koschatliedes „'s Reserl vom Wörthsee", das Frau Spitzenberger sehr ansprechend vortrug und sich zur Dreingabe des Liedes „Kennst du das Tal" (Bayerischzell) verstehen mußte. Aber auch als geschickter Rezitator erwies sich Herr Schmid-Padewet, der einige sarkastisch-humoristische Stücke aus den Werken des bayerischen Dichters Bauer zu Gehör brachte. Mit Recht konnte der 1. Vorsitzende, Rektor Fischer, mit herzlichen Dankesworten an die Mitwirkenden, den wohlgelungenen heiteren Unterhaltungsabend beschließen, dem nach der Versicherung der Hauskapelle bald ein zweiter folgen wird. k.

Der Gartenbauverein Karlsruhe hielt am Mittwoch, den 2. November, seine diesmalige Monatsversammlung im Saal 3 der Brauerei Schrempp ab, die sich eines außerordentlich starken Besuches seitens der Mitglieder erfreute. Gartendirektor Scherer begrüßte die Anwesenden und erteilte das Wort Herrn Robert Glockner, der sich in liebenswürdiger Weise bereit erklärt hatte, einen Lichtbildervortrag zu halten: „Wanderung in die Umgebung von Karlsruhe". In einer langen Reihe prächtiger Bilder zeigte der Vortragende den Mitgliedern die Schönheiten von Wald und Flur der näheren Umgebung unserer Heimatstadt und manch' erstaunter Ausruf bewies, daß viele Karlsruher gar nicht wissen, welche hübsche und malerische Punkte wir in unserer Nähe haben, ganz abgesehen von den zum Teil sehr interessanten Häusern und Baudenkmälern, speziell in der alten Amtsstadt Ettlingen, die auf der Leinwand erschienen. Der mit Humor gewürzte Vortrag fand großen Beifall und mancher der Anwesenden Spaziergang in die nähere Umgebung von Karlsruhe lenken. Der Vorsitzende dankte dem Redner für den ebenso schönen wie lehrreichen Vortrag. Den Abend beschloß eine Verlosung von Blumenzwiebeln und Topfpflanzen. A. R.

Der Internationale Artistenbund, der jetzt im 36. Jahre seines Dienstes für die Artistensache steht, entfaltet mit dem Herannahen des Winters wieder eine regere Wirksamkeit. Die hiesige Sektion eröffnete am Samstag den Reigen ihrer stets gerne besuchten Veranstaltungen, bei denen die Vergnüglichkeit Mittel zu einem sozialen Werk zugunsten der Artisten schaffen soll, mit einer Festsitzung im Saale der Alten Brauerei Kammerer anläßlich des 20jährigen Bestehens der Sektion Karlsruhe. Sie konnte sich eines außerordentlich stattlichen Besuches erfreuen. In verschiedenen Ansprachen wurde die Bedeutung des Tages und die Aufgaben des Vereins gewürdigt und schließlich auch im unterhaltenden Teil dem Charakter des Vereins entsprochen. Nach Mitternacht schloß sich ein Ball an.

Veranstaltungen.

Dr. Karl Brückner, der am 15. November im Eintrachtsaal ein Konzert gibt, wird dort zeigen, daß seine eminente Technik ihm nur Mittel zum Zweck ist: können doch solche Meisterwerke, wie die Chaconne von Bach, die Kreutzer-Sonate von Beethoven und die Sinfonie Espagnole von Lalo, die Dr. Brückner in seinem Konzert am 15. November im Eintrachtsaal spielen wird, überhaupt nur dann erschöpfend vermittelt werden, wenn die enormen technischen Schwierigkeiten, die in diesen Werken enthalten sind, leicht und mühelos vom Künstler bewältigt werden, und ihm dadurch erst die Möglichkeit gegeben ist, während des Spielens sich ganz auf den geistigen Inhalt des Meisterwerkes zu konzentrieren. Es ist daher nicht zu verwundern, daß das Konzert großes allseitiges Interesse erweckt hat und die Nachfrage nach Eintrittskarten sehr rege ist. (Siehe die Anzeige.)

Kleistvortrag in der Vortragsgemeinschaft. Der 18. Oktober brachte die Wiederkehr des Geburtstages Heinrichs von Kleist, des größten Dramatikers deutscher Zunge. Alle Vereinigungen, die sich die Pflege unserer Kulturgüter zum Ziele setzen, müssen sich einordnen in die Reihe derer, die den 150. Geburtstag Heinrichs von Kleist als nationale Feier begehen. Es ist zu begrüßen, daß Professor Dr. Georg Minde-Pouet, Berlin, der beste Kleistkenner der Gegenwart, der mit Reinhold Steig und Erich Schmidt die einzige wissenschaftliche Ausgabe von Kleists Werken besorgt hat, hierher kommen wird, um eine würdige Gedenkfeier zu veranstalten. Minde-Pouet wird am 16. November hier sprechen. Der Vortrag findet im Hörsaal 37 des Aulabaues der Technischen Hochschule statt. (Siehe die Anzeige in der Sonntagsausgabe des „Karlsruher Tagblattes".)

Gewerkschaftsbund der Angestellten. Am Sonntag, den 13. November, veranstaltet die Ortsgruppe des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.) im Festsaale der Gesellschaft „Eintracht" eine Gründungsfeier mit Ball. Die künstlerischen Darbietungen geben ein reichhaltiges Programm, so daß für die Mitglieder und deren Angehörige einige heitere Stunden gewährleistet sind. Die Angestellten werden deshalb eingeladen, nach Ausübung ihres Wahlrechtes zu den Angestellten-Versicherungswahlen, bei der Festlichkeit zu erscheinen. (Siehe die Anzeige.)

Stenographenverein Karlsruhe 1897 e. V. Der bestens bekannte Verein begeht am Samstag, 12. November, abends 8 Uhr, in den Räumen der Gesellschaft Eintracht sein 30. Stiftungsfest. Die gesellschaftlichen Veranstaltungen des Vereins stehen von jeher auf einem gehobenen Niveau und erfreuen sich immer regen Besuches. Auch diese Veranstaltung verspricht einen genußreichen Abend. Nach Abwicklung des Programms ist Ball.

Der Offizier in Reichswehr und Marine.

Vortrag von Oberstleutnant Holtz.

Wenn, so führte der Vortragende, der in der Reihe der berufskundlichen Vorträge sprach, fast alle Berufe heute verstärkte Anforderungen an den jungen Anwärter stellen, so macht der des Offiziers bestimmt keine Ausnahme; im Gegenteil, das durch den Friedensvertrag auf eine kleine Zahl verminderte

deutsche Berufsheer ist eine Elitetruppe

geworden, die von Mannschaft wie Offizierskorps ganz außergewöhnliche Fähigkeiten und Leistungen verlangt — sowohl bei der Erfüllung des militärischen Dienstes wie auch in wissenschaftlicher Hinsicht!

Die Offiziere müssen in der Regel eine neunstufige höhere Lehranstalt mit Erfolg absolviert haben, denn kaum werden die Offiziersanwärter in ihrem Ausbildungsdienst die Zeit finden, für die sonst notwendigen zwei wissenschaftlichen Prüfungen sich vorzubereiten und diese dann zu bestehen.

Die in physischer Hinsicht gestellten Forderungen sind ebenso groß. Der militärische Beruf verlangt eine ausgesprochene körperliche Ausbildung; man denke daran, welche Anstrengungen selbst alte hochstehende Offiziere bei Manövern usw. noch durchzuhalten vermögen!

Wie vollzieht sich die Laufbahn des Offiziers?

Ein junger Mann tritt beispielsweise am 1. April nächsten Jahres als Offiziersaspirant bei dem Truppenteil an, bei dem er sich am 1. April dieses Jahres bereits angemeldet haben muß, und der ihn dann aufgenommen hat.

Nun wird der junge Mensch zunächst einen 3 bis 6 Monate langen Rekrutendienst beim Ausbildungsteil seines Regiments durchmachen. Als Ausgebildeter tut er darauf 15 Monate lang Truppendienst. Am 1. Oktober 1929 wird er zum ersten Lehrgang an die Infanterieschule in Dresden kommandiert, wo er 10½ Monate (also bis zum 15. August 1930) bleibt, ein Examen theoretischer und praktisch-militärischer Art besteht, um dann Anwärter auf den Fähnrich zu sein. Wiederum wird er, und zwar bis zum 1. Oktober 1930, Dienst bei seiner Truppe tun, und macht dann den bis zum 15. Oktober 1931 dauernden zweiten Lehrgang in der Waffenschule (Infanterieschule in Dresden, Kavalleriereitschule in Hannover, Artillerie-Schießschule in Jüterbog, der Pionier in München) durch. Oberfähnrich geworden, wird er nach 6 Monaten Truppendienst am 1. April 1932 nach erfolgter Offizierswahl zum Leutnant befördert.

4 Jahre anstrengenden Ausbildungsdienstes waren notwendig, die erste Sprosse auf der Leiter zu militärischen Ehren und Würden zu erklimmen.

Vor dem Kriege wurde der Leutnant schon nach 1½ Jahren erreicht. Finanziell kann er jetzt ganz gut auskommen — auch schon in der Ausbildungszeit, in der er neben Verpflegung und Bekleidung usw. ein ausreichendes Taschengeld erhält — die Offiziere stehen in folgenden Gehaltsgruppen:

Leutnant Gruppe 5—6,
Oberleutnant 7—8,
Hauptmann 9—10,
Staboffiziere 11, 12 usw.

Der Offizier hat die Verpflichtung, ungefähr bis zu seinem 45. Lebensjahre in der Reichswehr zu dienen, das ist die Zeit, in der er es bis zum Stabsoffizier gebracht hat. Auch mögen sich die Verhältnisse bis dahin geändert haben, die infolge des verlorenen Krieges jetzt äußerst schlecht sind.

Der Redner wies besonders darauf hin, daß Anträge um Einstellung nur von den jungen Leuten Zweck und Aussicht auf Erfolg haben, die den

allerschärfsten Ansprüchen in körperlicher wie geistiger Hinsicht

genügen.

In der Marine sind diese Anforderungen sogar noch schärfer. Hier müssen bei der Bewerbung sogar die Namen von vier Männern genannt werden, die zu dem Gesuchsteller in keinem verwandtschaftlichen Verhältnis stehen, und die über den jungen Mann Auskunft geben können, auch werden die Direktoren der Lehranstalt, auf der der Jüngling seine Schulbildung erhielt, um Auskunft gebeten.

Die Sanitätsoffiziere

in Heer und Marine werden nach ähnlichen Grundsätzen wie bei der früheren deutschen Armee herangebildet, sie müssen ein medizinisches Examen bestanden haben, dürfen nicht über 28 Jahre alt sein, tun 6 Monate Dienst bei der Truppe, erhalten ein militärisches Abgangszeugnis, werden darauf in die medizinische Abteilung übernommen — natürlich je nach den freien Stellen. Für die Veterinäre bestehen ähnliche Bedingungen.

Der Referent betonte: Auf alle Fälle muß davor gewarnt werden, die militärische Laufbahn einzuschlagen, weil sie eine gewisse Sicherheit für lebenslängliches Unterkommen bietet, denn das hieße den Offiziersberuf „mißbrauchen". Nur wer sich wirklich als Soldat eignet, kommt vorwärts; denn auch in der Reichswehr spielen die Ideale eine große Rolle.

Interessant war der Hinweis des Redners, daß das badische Regiment Nr. 14 verhältnismäßig wenig Landeskinder als Offiziersanwärter besitzt —

junge Badener haben gute Aussichten, bei diesem Regiment unterzukommen,

weil die Angehörigen des Landes möglichst bevorzugt werden.

Zum Schluß erklärte sich Oberstleutnant Holtz zur persönlichen Auskunfterteilung bereit, er ist im Geschäftszimmer des Badischen Kriegerbundes in Karlsruhe zu sprechen. gl.

Standesbuch-Auszüge

Todesfälle. 10. Nov.: Dorothea Metz, alt 74 Jahre, Witwe von Franz Metz, Schuhmacher; Christine Schuler, alt 62 Jahre, Witwe von Richard Schuler, Blechnermeister; Elisabeth Schäfer, alt 23 Jahre, Apothekengehilfin, ledig; Marie Kehrer, alt 68 Jahre, Witwe von Gottlieb Kehrer, Bahnarbeiter.

Gerichtssaal

Der falsche praktische Arzt Dr. med.

ör. **Bühl,** 11. Nov. Vor dem Schöffengericht in Bühl wurde am Donnerstag gegen Fritz Keller von Ottersweier verhandelt, dem es jahrelang gelungen ist, das Publikum, ja selbst ärztliche Autoritäten zu täuschen. Mit einem gefälschten Maturitätszeugnis konnte er in Basel ein Semester belegen und später sich Assistenzarztstellen in Schopfheim, in Heidelberg und Karlsruhe erschwindeln. Durch das Vertrauen, das ihm entgegengebracht wurde, ermutigt, ließ er sich im Jahre 1925 in Hörden im Murgtal als Dr. med. Keller, prakt. Arzt und Geburtshelfer nieder. Als Pseudo-Doktor übte er dort eine Zeitlang die ärztliche Praxis aus und kam dann, nachdem der anfänglich gute Zulauf infolge Ueberforderungen und sonstiger Geldschwindeleien nachließ, nach Ottersweier. Auch dort „praktizierte" er als „Dr. med.", hütete sich aber vor der Ausfertigung zahlreicher Rezepturen. Er „heilte" vorzugsweise mit Spirituspackungen, Pillen und Tropfen; die letzteren hatte er ständig bei sich. In der Amtsstadt Bühl wurde die für Aerzte in Frage kommende Aufsichtsbehörde auf das sonderbare Gebaren des „Dr. med." aufmerksam und verlangte von ihm den Nachweis seiner Approbtion. Das wurde für Keller zum Verhängnis, denn er war nicht in der Lage, diesen Nachweis beizubringen. Es erfolgte daher seine Verhaftung und Einlieferung ins Amtsgefängnis, wo er 6 Monate und 3 Wochen in Untersuchungshaft gehalten wurde. Außer der widerrechtlich ausgeübten Praxis förderte die Beweisaufnahme in der gestrigen Verhandlung eine ganze Menge von Betrugsfällen zutage, bei denen Keller sich kleinere und größere Darlehensbeträge erschwindelte, obwohl er wußte, daß er zur Rückzahlung nie in der Lage sein werde. Vom Richter befragt, wie er zu all den Delikten gekommen sei, führte der Angeklagte an, daß er durch ständigen Alkoholgenuß die Willenskraft verloren habe. Der Amtsanwalt beantragte 1 Jahr und 6 Monate Gefängnis. Das Gericht verurteilte den Angeklagten, dem es mildernde Umstände zubilligte, weil er alle ihm zur Last gelegten Vergehen eingestand, zu 7 Monaten Gefängnis, abzüglich der erlittenen Untersuchungshaft mit sofortiger Aufhebung des Haftbefehls und Strafaufschub des kleinen Restes auf Wohlverhalten.

Geschäftliche Mitteilungen.

Der heutigen Ausgabe, soweit diese durch unsere Boten zugestellt wird, liegt ein vierseitiger, im Kupfertiefdruckverfahren hergestellter, illustrierter Prospekt der Firma Paul Burchard, Karlsruhe, Kaiserstraße 143, bei, den wir unseren Lesern zur besonderen Beachtung

Die Wahlen zur Angestelltenversicherung.

Die Stimmbezirkseinteilung.

Stimmbezirk „A".

Das Stadtgebiet Karlsruhe westlich der Linie: Neubruchweg, Habsburgerstraße, Fröbelstraße, Scheffelstraße, Kochstraße, Weberstraße, Roggenbacherstraße, Hindenburgstraße; ferner von den Landgemeinden: Eggenstein, Forchheim, Hochstetten, Knielingen, Leopoldshafen, Liedolsheim, Linkenheim, Rußheim, Teutschneureut, Welschneureut.

Wahllokal: Gutenbergschule 2, Zimmer Nr. 10, Eingang Kaiserallee 55.

Stimmbezirk „B".

Das Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie A bis zur Linie Eggensteinerlandstraße, Hans-Thomastraße, Stefanienstraße, Karlstraße bis Ende, sowie der Stadtteil Beiertheim und die Weiherfeld-Siedlung; ferner die Landgemeinde Bulach.

Wahllokal: Südendschule 1, Zimmer Nr. 9, Eingang Südendschule 41.

Stimmbezirk „C".

Das Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie B bis zur Linie Linkenheimerallee, Zirkel, Kronenstraße, Mendelssohnplatz, Kriegsstraße, Wolfartsweierstraße, sowie den Stadtteil Rüppurr mit Gartenstadt.

Wahllokal: Lindenschule, Zimmer Nr. 7, Eingang Kriegsstraße 118.

Stimmbezirk „D".

Das restliche Stadtgebiet Karlsruhe östlich der Linie C mit dem Stadtteil Rintheim; ferner von den Landgemeinden: Blankenloch, Büchig, Friedrichstal, Graben, Hagsfeld, Spöck und Staffort.

Wahllokal: Karl-Wilhelmschule, Zimmer Nr. 4, Ecke Ludwig-Wilhelm- und Karl-Wilhelmstraße, Eingang rechts.

Stimmbezirk „E".

Das ganze Stadtgebiet Durlach mit Vororten; ferner von den Landgemeinden: Berghausen, Grötzingen, Grünwettersbach, Hohenwettersbach, Jöhlingen, Kleinsteinbach, Palmbach, Söllingen, Stupferich, Untermutschelbach, Weingarten, Wolfartsweier und Wöschbach.

Wahllokal: Rathaus in Durlach, Hauptstraße Nr. 33, 2. Stock, Zimmer Nr. 2 (Rathaussaal).

Um was es sich bei den Wahlen handelt.

Bei den diesjährigen Wahlen zur Angestellten-Versicherung wird ein Kampf ausgefochten, der für die Zukunft der Versicherungseinrichtung von einschneidender Bedeutung ist. Bekannten sich die freigewerkschaftlichen Verbände des Afa-Bundes bei den letzten Wahlen offen zu einer feindlichen Stellung der Sonderversicherung der Angestellten gegenüber und erstrebten sie aus einer grundsätzlichen Nivellierungstendenz heraus die Verschmelzung von Angestellten- und Invalidenversicherung zum Zwecke einer schließlichen Auflösung in eine allgemeine Staatl. Volksfürsorge, so kämpft heute der Gegner mit geschlossenem Visier. Heute wird nicht mehr erklärt: wir erstreben die Vereinigung mit der Invalidenversicherung, sondern vielmehr: wenn wir zu maßgebendem Einfluß in den Organen der Versicherung kommen, dann geben wir euch ungeheure Leistungssteigerungen, ohne daß ihr einen Pfennig mehr an Beiträgen zu zahlen habt. Das Ziel aber ist dasselbe wie früher: Vernichtung der Angestelltenversicherung. Müssen doch übersteigerte Leistungsverpflichtungen zur Zerrüttung der Finanzen des Unternehmens führen.

Demgegenüber erstreben die nicht freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisationen, die im Hauptausschuß für soziale Versicherung zusammengeschlossen sind, den weitesten Leistungsausbau, soweit dieser im Rahmen einer gesunden Finanzpolitik, d. h. im Hinblick auf den gesicherten Bestand und die zukünftige Leistungsfähigkeit der Angestelltenversicherung möglich ist. Die Frauenberufsverbände des Hauptausschusses haben sich unter der Führung des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten zu einer Einheitsliste zusammengefunden, um so wirksam wie möglich die Stimmen der weiblichen Versicherten für diesen gesunden Ausbau der Angestellten-Versicherung zu sammeln.

Die Wahlbestimmungen.

Die Wahl der Vertrauensmänner zur Angestellten-Versicherung steht bevor. Unklarheit herrscht häufig über die Notwendigkeit des Wahlausweises. Deshalb weist der Verband der weiblichen Handels- und Büroangestellten nochmals ausdrücklichst darauf hin, daß der § 24 des Angestelltenversicherungs-Gesetzes diese Frage wie folgt regelt:

„Gewählt wird schriftlich nach den Grundsätzen der Verhältniswahl. Für die versicherten Angestellten dient die Versicherungskarte (§ 176), als Ausweis, für die Arbeitgeber eine von der Gemeindebehörde ausgestellte Bescheinigung. In der Versicherungskarte muß wenigstens ein Beitrag innerhalb der letzten zwölf Monate vor der Wahl nachgewiesen sein."

Die Arbeitgeber werden gebeten, die Versicherungskarten ihren sämtlichen Angestellten sofort aushändigen zu wollen. Die Angestellten werden gut tun, auch von sich aus um Aushändigung der Versicherungskarten bemüht zu sein.

Tagesanzeiger

(Nur bei Aufgabe von Anzeigen gratis.)

Samstag, den 12. November 1927.

Bad. Landestheater: „Die Braut von Messina" 8 bis 10¼ Uhr.

Städt. Konzerthaus (Bad. Lichtspiele): Nachm. 4 Uhr u. abends 8¼ Uhr Nibelungen II. „Krimhilds Rache".

Städt. Festhalle: Abends 8¼ Uhr Konzert des Gesangvereins Lassallia. Anschließend Ball.

Stenographenverein Karlsruhe 1897: Abends 8 Uhr im Eintrachtsaal 30. Stiftungsfest mit Ball.

Colosseum: Abends 8 Uhr Revue-Gastspiel: „Freut Euch des Lebens".

Bad. Leibgrenadierverein E. V.: Abends 8 Uhr im kleinen Festhallesaal 34. Stiftungsfest mit Ball.

Residenz-Lichtspiele: „Die berühmte Frau". Beiprogramm.

Krokodil: Ab 8 Uhr abends Bockbierfest.

Roederer (Korallengrotte): Abends Chrysanthemen-

Badische Chronik

Die Gemeindegetränkesteuer.

= **Karlsruhe**, 10. Nov. Vom Badischen Winzerverband wird uns geschrieben: Kaum mehr als ein halbes Jahr ist verflossen, seitdem es dem Kampfe der Organisationen des Weinbaues und Weinhandels gelungen ist, nach langen Bemühungen und heftigen parlamentarischen Erörterungen eine Bestimmung des Finanzausgleichgesetzes durchzubringen, die am 31. März die Gemeindegetränkesteuer für Wein fallen ließ.

Die Reichsregierung hat seinerzeit versucht, diese Vorschrift dahin zu ändern, daß die Gemeindegetränkesteuer bis zum 31. März 1928 den Gemeinden verbleiben sollte, was jedoch durch den einmütigen Widerstand der interessierten Kreise nicht durchgebracht wurde. Auch der Badische Winzerverband hat sich energisch für die Beseitigung dieser Besteuerung des Weines durch die Gemeinden eingesetzt. Wir haben geltend gemacht, daß die mißliche Lage des Weinbaues eine derartige Belastung und Verteuerung nicht ertrage.

Wenn nun in der letzten Zeit versucht wird, auf eine Wiedereinführung der Gemeindegetränkesteuer hinzuwirken, so verwundert es nicht weiter, wenn von seiten der Städte eine solche Einstellung besteht. Sehr verwundern muß aber, wenn das Reichsfinanzministerium in den Verhandlungen mit den Ländern vorgeschlagen hat, den Gemeinden die Getränkesteuer wieder einzuräumen. Von seiten des Weinbaues muß gegen jeden Versuch, diese konsumvermindernde Getränkesteuer auf Wein wieder einzuführen, energisch protestiert werden.

Die mißliche Lage des Weinbaues hat sich, wie vielfach glauben gemacht werden will, durch die verhältnismäßig guten Preise für die Weinernte 1927 keineswegs gebessert; denn in den meisten Weinbaugebieten war der Ernteausfall sehr gering, in vielen sogar ein Mißherbst. Die zum Teil gleichen, zum Teil 10 bis 20 Proz. höheren Preise als 1926 vermögen jedenfalls keinen Ausgleich für den Ernteausfall zu bieten. Der badische Weinbau erwartet von den Gemeinden und der Volksvertretung soviel Verständnis, daß nicht durch Wiedereinführung einer Einrichtung, die als schädlich erkannt aufgehoben wurde, schwere Benachteiligungen eines Standes eintreten werden.

Südwestdeutsche Konferenz für Innere Mission.

ep. **Heidelberg**, 11. Nov. Am 1. November kamen die Vereinigten Ausschüsse der Südwestdeutschen Konferenz für Innere Mission zu ihrer alljährlichen Herbsttagung hier zusammen. Im Mittelpunkt der Beratungen stand die Fürsorge für die wandernde Bevölkerung, die durch die Wirtschaftskrisis und anhaltende Arbeitslosigkeit auch für die Innere Mission neue Bedeutung erlangt hat. Regierungsrat Mailänder von der Württ. Zentralleitung für Wohltätigkeit in Stuttgart hielt ein Referat über „Brennende Fragen der Wandererfürsorge". Nach der lebhaften Aussprache über diesen Gegenstand kam die augenblickliche Lage zur Sprache, die durch das am 1. Oktober in Kraft getretene Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten entstanden ist: nur dann kann der Fortschritt in der Gesetzgebung zum vollen Segen werden, wenn alle ernstgesinnten Kreise in der gegenwärtig verworrenen Lage sich kräftig für die sittliche Reinheit des öffenlichen Lebens überhaupt einsetzen und wenn ein gutes Zusammenarbeiten der behördlichen Stellen mit den Einrichtungen der freien Fürsorge gesichert ist. — Die Tagung fand einen schönen Ausklang in dem Besuch des Evang. Landerziehungsheims in Wieblingen, wo evangelische Töchter eine bewußt evangelische Bildung und Erziehung erhalten.

*

bld. **Pforzheim**, 11. Nov. Durch den Wegzug des zweiten Bürgermeisters Dr. Bührer sind jetzt statt vier nur noch zwei Bürgermeisterstellen besetzt. Während die Sozialdemokratie auf eine Wiederbesetzung des zweiten Bürgermeisterpostens Anspruch erhebt, lehnt in einer Erklärung die Deutsche Volkspartei überhaupt die zweite Bürgermeisterstelle ab.

bld. **Pforzheim**, 11. Nov. In Brötzingen wurde in der vergangenen Nacht in einer Bäckerei eingebrochen und aus der Kasse der Betrag von 250 Mark gestohlen. — Die Schwarzbrenneraffäre hier zieht immer weitere Kreise. Es wurden wieder eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen. Auch die Goldschnipfelei-Angelegenheit scheint weite Kreise zu ziehen. — Am kommenden Sonntag beginnt der hiesige Flugsportklub mit seinen Segelflügen bei Mühlhausen an der Würm und Lehningen. An den Flügen beteiligen sich der Flugtechnische Verein Stuttgart und der Flugsportklub Pforzheim.

B. **Bretten**, 11. Nov. Der in weiten Kreisen bekannte Gärtnermeister Johann Tretter konnte heute in körperlicher und geistiger Frische seinen 70. Geburtstag feiern.

dz. **Mannheim**, 11. Nov. Der Ehren-Bundesobmann des Badischen Sängerbundes, Kommerzienrat Richard Sauerbeck-Mannheim darf morgen seinen 75. Geburtstag feiern. Erst 32 Jahre alt, wurde er im Jahre 1884 an die Spitze des Badischen Sängerbundes berufen, den er 25 Jahre lang so ausgezeichnet leitete, daß er zur schönsten Entwicklung gelangte. Im Jahre 1910 trat Kommerzienrat Sauerbeck mit seinen Mitarbeitern Krug und Küllmer (Bundesschriftführer und Bundesrechner) vom Amte zurück, um jüngeren Kräften Platz zu machen. Er wurde in dankbarer Anerkennung seiner großen Verdienste zum Ehren-Bundesobmann ernannt. Dem Badischen Sängerbund bringt er auch heute noch das größte Interesse entgegen, wie er erst kürzlich bei seiner Teilnahme an der Hauptversammlung in Weinheim bekundete. Die besten Wünsche begleiten den Jubilar auf seinem weiteren Lebensweg.

dz. **Heidelberg**, 11. Nov. Die Stadtverwaltung hat gestern beschlossen für das neue Forschungsinstitut für innere Medizin, dessen Errichtung als Reichsinstitut und Schöpfung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in Heidelberg geplant ist, ein großes Baugrundstück am Neckar westlich vom Baugelände des Badehaus-(Kurhaus-)Projektes, unentgeltlich zur Verfügung zu stellen.

Das Hochwasser.

Der Höhepunkt überschritten.

ä. **Staffort**, 11. Nov. Die Pfinz führt Hochwasser und ist an mehreren Stellen über die Ufer getreten. Von Blankenloch abwärts fließt das Wasser auf den Aeckern und Wiesen. Unterhalb Staffort, der Gemeinde Spöck zu, ist die Pfinz ebenfalls über die Ufer getreten. Das ganze Wiesental gleicht einem großen See. Eine Ortsstraße in Staffort ist vollständig überschwemmt, so daß die Hausbewohner Laufstege bauen mußten.

bld. **Pforzheim**, 11. Nov. Von gestern abend ab ist ein langsamer Rückgang am Unterlauf der Nagold und der Enz zu beobachten, doch ist der Wasserstand immer noch sehr hoch.

oc. **Hugsweier**, 11. Nov. Gestern früh 3 Uhr wurde die Einwohnerschaft durch Glockengeläute aus dem Schlaf geweckt. Die Schutter brachte solche Wassermassen, daß das ganze Gelände südlich des Dorfes in einen See verwandelt wurde. Unter heftigem Brausen drang das Element in die Scheunen und Stallungen der am Flußbett liegenden Häuser. Im Nu war das ganze Anwesen des Michael Neunstöcklin von Wasser umgeben. Er konnte mit seiner Familie erst die Wohnung verlassen, nachdem eine Notbrücke errichtet worden war. Das gleiche traurige Bild zeigte sich auch am westlichen Ausgang des Ortes, besonders in der Nähe des Schulhauses. Gegen Mittag ging das Wasser wieder zurück.

bld. **Offenburg**, 11. Nov. Das Hochwasser der Kinzig ist seit gestern bedeutend zurückgegangen. Die Gefahr ist vorbei. Dagegen stehen Wiesen und Felder unter Wasser. Stellenweise sind auch die Straßen unter Wasser.

z. **Willstätt**, 11. Nov. Die äußerst heftigen Regenfälle der letzten Tage ließen die Kinzig rasch steigen, die Hochwasser führt und die Fluren bis nach Hesselhurst völlig überflutet hat, so daß jeglicher Verkehr unterbrochen ist.

w. **Dinglingen**, 11. Nov. Der letzte Mittwoch Abend brachte das erste Hochwasser. Die Schutter brauste an verschiedenen Stellen über die Ufer und überschwemmte den unteren Ortsteil Kruttenau mit gewaltigen Wassermassen. Um Mitternacht rief Feuerwehrsignal zur Hilfe. Fast sämtliche Häuser und Gärten der Kruttenaustraße wurden überschwemmt. Das Vieh in den Ställen stand kniehoch im Wasser und die Keller, mit Fässern, Kartoffeln und Rüben gefüllt, stehen unter Wasser bis zur Decke. Erst heute läßt sich die Verheerung und der Schaden, der recht bedeutend ist, übersehen.

bld. **Lahr**, 11. Nov. Eine Fahrt durch das Hauptüberschwemmungsgebiet der Schutter und Unditz zeigte die Schäden, die die wilden Wasser verursacht haben, in erschreckender Weise. An verschiedenen Häusern waren die Besitzer und hilfreiche Nachbarn eifrig bemüht, das in die Keller eingedrungene Wasser auszupumpen. Schuttern hat wohl am meisten gelitten. Viele Gehöfte standen über einen Meter tief im Wasser.

bld. **Freiburg i. Br.**, 11. Nov. Durch die andauernden Regengüsse ist die Straße zwischen Kenzingen und Riegel (Amt Kaiserstuhl) so überschwemmt, daß sie mit Autos nicht befahrbar ist. Die Fahrzeuge müssen die Landstraße Emmendingen—Riegel benützen.

dz. **Heidelberg**, 11. Nov. Der Neckar erreichte gestern abend gegen 11 Uhr mit 5.25 Meter seinen höchsten Stand und ist seitdem in langsamem Fallen begriffen. Die Wasser führen viel Holz, besonders Grubenholz, vom Oberlauf mit.

dz. **Eberbach**, 11. Nov. Der Neckar hat gestern abend mit 6,88 Metern seinen höchsten Stand erreicht. Die Wasser haben ziemlich viel Holz weggeschwemmt und die nieder gelegenen Straßen überflutet.

dz. **Buchen**, 11. Nov. Der anhaltende Regen hat für viele Orte unseres Bezirkes Hochwassernot gebracht. Die Morre wuchs in kurzer Zeit zu einem reißenden Strom der kaum noch unter den Brücken durchkam. An der Schüttstraße wurden Gärten überflutet. Das Wasser drang in die Keller. So war es auch am Lohplatze. Die Feuerwehr mußte eingreifen. In Hettigenbeuern war man gezwungen, die Ställe zu räumen. In Seckach blieb ein Auto, das bis zum Motor ins Wasser fuhr, stecken, so daß es abgeschleppt werden mußte. In Altheim hat das Wasser der Kirnau die Ortsstraßen völlig überschwemmt und ist in die Keller, Scheunen und Ställe eingedrungen.

bld. **Königshofen i. O.**, 11. Nov. Der älteste Sohn des Schmiedemeisters Wegert fuhr mit einem Kahn auf der Tauber, die ungeheures Hochwasser führte, wurde von der Strömung erfaßt und an die kleine Tauberbrücke geschleudert, wo der Kahn zerbrach. Die Leiche konnte noch nicht gefunden werden.

Ueberflutungen in Württemberg.

dz. **Neckarsulm**, 11. Nov. Aus allen Teilen des Oberamtsbezirks Neckarsulm wird bedeutender Hochwasserschaden gemeldet. Riesige Wassermassen stürzten über das Neckarstauwehr in Neckarsulm. Unterhalb des Wehres überschwemmte der Fluß das Gelände. In Heilbronn erreichte der Neckarstand über 4 Meter und trat über die Ufer. Wimpfen, Rappenau, Heinsheim und Gundelsheim leiden stark unter dem Hochwasser. Die Sulm erreichte hier einen Stand von 1.10 Meter. Gewaltige Wassermassen führen Kocher und Jagst mit sich. Bei Oedheim stehen das Jugendheim und einige Wohnhäuser im Wasser. Bei Widdern ist die Jagstbrücke nicht mehr passierbar und auch sonst bedeutender Hochwasserschaden angerichtet worden.

Auch aus dem übrigen Gebiet des Neckars und seiner Nebenflüsse kommen Meldungen über schwere Hochwasserschäden. So ist das Tal in Möckmühl und ein ganzer Stadtteil unter Walser gesetzt worden. Die Murr stieg innerhalb weniger Stunden um 1½ Meter. Das Wasser drang in der Ortschaft Murr in die Ställe und Häuser, und das Vieh mußte geborgen werden. In Steinheim stand das Wasser am Rathaus 1 Meter hoch. Das ganze Wiesental von Steinheim nach Murr steht unter Wasser. In Kirchberg stand die Brücke zum Bahnhof vollständig unter Wasser. In Calw behinderte das Hochwasser der Nagold stellenweise den Straßenverkehr. Das Wasser drang in mehrere Häuser ein. Bei Altenburg (Tübingen) haben die Fluten des Neckars an den Bauarbeiten des Elektrizitätswerkes unübersehbaren Schaden angerichtet. Das ganze Tal ist unter Wasser gesetzt.

dz. **Hirschhorn a. N.**, 11. Nov. Infolge der starken Strömung des Neckars wurde am Mittwoch die Fähre weggerissen; sie konnte etwa 100 Meter stromabwärts in Sicherheit gebracht und am Ufer verankert werden. Das Sägewerk Grimm mußte stillgelegt werden.

Schwere Schäden in der Pfalz.

dre. **Pirmasens**, 11. Nov. Infolge der starken Regenfälle führen die Flüsse und Bäche der West- und Nordpfalz Hochwasser, sind aus ihren Ufern getreten und haben weite Strecken überschwemmt. Der Schwarzbach und der Hornbach sind innerhalb eines Tages um etwa 1½ Meter auf über 3 Meter gestiegen. Während die Stadt Zweibrücken selbst infolge der Regulierungsarbeiten am Schwarzbach und Hornbach von dem Hochwasser verschont blieb, sind die Täler in der Umgegend von Zweibrücken, besonders bei Oberauerbach und Wallhalben sowie zwischen Biebermühle und Thaleischweiler, die Gegend von Einöd, Bierbach und Blieskastel kilometerweit überflutet. Durch das Steigen des Hochwassers in der Nacht zum Donnerstag wurden die Siedlungen links des Hornbaches, zwischen Zweibrücken und Ixheim, derartig gefährdet, daß die Bewohner durch die alarmierte Feuerwehr und die Sanitätskolonne auf rasch hergestellten Flößen geborgen werden mußten. Im Ganzen wurden etwa

90 Erwachsene und 50 Kinder, zumteil nur notdürftig bekleidet und völlig durchnäßt ins Städtische Spital gebracht,

wo Notquartiere eingerichtet wurden. Durch das Hochwasser wurde auf der Strecke Pirmasens-Biebermühle ein Dammrutsch verursacht, so daß die Bahnlinie Biebermühle—Pirmasens für jeden Verkehr gesperrt ist. Der Personenverkehr wird durch Autos aufrecht erhalten. Auch das Lauter- und Glantal ist zum großen Teil überflutet. Die Einwohner haben wegen Gefahr der Ueberschwemmung der Keller ihre Vorräte in die oberen Stockwerke in Sicherheit gebracht. Die Industriebetriebe und die Mühlen können infolge des Hochwassers ihre Turbinen nicht mehr verwenden. Es wird ein weiteres Steigen des Hochwassers gemeldet.

---

ms. **Rotenberg**, 11. Nov. Gestern morgen wurde der hiesigen katholischen Pfarrgemeinde durch die Anwesenheit des Dekans vom Kapitel Waibstadt eine besondere Ehrung zuteil. Er wurde durch den Ortspfarrer und den Gemeindevorstand bei seinem Eintreffen in das Dorf begrüßt. Um 10 Uhr fand eine hl. Messe statt. Darnach bestieg der Dekan die Kanzel und hielt eine Ansprache an die kathol. Pfarrgemeinde. Als Vertreter des Erzbischofs sei er gekommen, um Nachschau zu halten, wie es mit der Kirche und dem religiösen Leben der Gemeinde bestellt sei.

= **Baden-Baden**, 11. Nov. Die Besucherzahl der Kurgäste beträgt bis heute 86 660.

dz. **Gernsbach**, 11. Nov. Die Jugendherberge wurde von den Noträumen der Realschule in das ehemalige Gefängnis verlegt. In sieben sauberen, kleinen Räumen sind 20 Betten untergebracht. Die Räume sind hell und freundlich und erinnern nicht an ihre ehemalige Bestimmung. Die Stadt hat die Kosten auf die Stadtkasse übernommen.

= **Gernsbach**, 11. Nov. Das Herbstkonzert des Sängervereins Gernsbach, das am Samstagabend im Löwensaale stattfand, hatte sich eines recht guten Besuches zu erfreuen. Die Veranstaltung stand unter dem Zeichen des 65-jährigen Bestehens und gewann durch die Auszeichnung verdienter Mitglieder eine besondere Weihe. Als Einleitung spielte der Orchesterverein „Erinnerungen an Richard Wagners Tannhäuser". Es folgte der Männerchor des Vereins, der mit Orchesterbegleitung Beethovens „Die Ehre Gottes in der Natur" und den Preischor von Loffenau „Deutscher Bardensang" zum Vortrag brachte. Bei Ehrung verdienter Mitglieder dankte der 1. Vorsitzende zuerst für den zahlreichen Besuch und hieß insbesondere die alten Ehrenmitglieder willkommen. Nachdem vor Jahresfrist die Herren Singer und Rahner mit dem Sängerring anläßlich ihrer 25-jährigen Mitgliedschaft ausgezeichnet wurden, sind es heute drei Jubilare, die diese Ehrung erhalten und zwar die Herren Aug. Steimer, Friedr v. Müller und A. Nuninger, denen der Vorsitzende unter Ueberreichung der Ringe und Ehrenurkunden Dank und Glückwunsch aussprach. Von den Passiven waren es 16 Mitglieder, die auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken und die die entsprechenden Ehrenurkunden in Empfang nehmen konnten, die Herren: K. Seyfarth, Fabrikant; G. Baust, Apotheker; W. Rouge, Prokurist; Herm. Nachmann; Emil Nachmann; Joh. Münz, Direktor; Hermann Müller, Kaufmann; W. Luft; O. Löhnhardt; R. Laule; Herm. Leunig; H. Hähn; Robert Beck; L. Bauer; C. Bender, Dentist und W. Fels, Schlossermeister. Dem rührigen Dirigenten G. Martin wurde ein Bild als Ehrengeschenk überreicht. Zwei Schülerinnen, Elisabeth Zissel (Violine) und Mathilde von Müller (Klavier) zeigten sich als angehende Künstlerinnen, die lebhaften Beifall ernteten. In dem Bestreben, die Sänger und auch alle Sangesfreunde mit den Komponisten bekanntzumachen, gedachte in kurzen Ausführungen der Vorsitzende eines unserer volkstümlichsten Komponisten, des im Jahre 1789 in Schnaith gebor. Friedrich Silcher. Durch Vortrag zweier Silcher-Lieder wurden die Ausführungen bekräftigt. Nachdem Herr Fr. von Müller im Namen der Ehrenmitglieder und im Namen der übrigen Jubilare für die Ehrungen gedankt hatte, spielte das Orchester „Andante aus der 6. Symphonie" von Haydn. Die Sänger befriedigten nicht allein die Zuhörer, sondern auch ihren Dirigenten mit dem eindrucksvollen Baumannschen Chor: „Der Trommler von Schottland". Das „Schmiedelied" von Kemptner für Chor und Orchester bildete den Abschluß der Vortragsfolge und fand solch lebhaften Ausklang, daß eine Wiederholung erfolgen mußte.

m. **Kehl**, 11. Nov. Vom Zuge überfahren und getötet wurde gestern nachmittag auf der Eisenbahnlinie Kehl—Neudorf der 81jährige Konrad Brauninger aus Straßburg. Der Greis suchte Kohlen auf dem Bahndamm, als er infolge des dichten Regens einen herannahenden Zug übersah. Die Leiche war schrecklich verstümmelt.

m. **Kehl**, 11. Nov. Am Sonntag kann Herr Michael Rapp 5 in Kehl, Ritterstraße 12, seinen 90. Geburtstag feiern. Der Greis, der auf ein arbeitsreiches Leben zurückblicken kann, erfreut sich allgemeiner Achtung und Wertschätzung.

z. **Willstätt**, 11. Nov. Eine seit 1919 in der Mühle liegende Kompanie des französischen Infanterieregiments 170 ist nach Kehl übergesiedelt, so daß unser Dorf jetzt frei von Besatzung ist.

bld. **Freiburg**, 11. Nov. Heute feierte Kommerzienrat Otto Hüglin seinen 70. Geburtstag. Der Jubilar hat sich große Verdienste um die Ausgestaltung des Kurortes St. Blasien erworben. In Anerkennung seiner Verdienste wurde ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen und der ehemalige Großherzog ernannte ihn zum Kommerzienrat. Hüglin erbaute das Friedrichshaus, die Lungenheilanstalt Wehrawald bei Todtmoos, das Kurhaus Höchenschwandt und in St. Remo das Kurhaus „Bellevue".

m. **Ringsheim**, 11. Nov. Unter großer Anteilnahme der Einwohnerschaft wurde hier Alt-Ratschreiber Weber zur letzten Ruhestätte geleitet. Der Verblichene, der im 82. Lebensjahre stand, war Veteran des Krieges 1870/71.

bld. **Donaueschingen**, 11. Nov. Der 66jährige Johann Bader in Döggingen stürzte gestern vom Heuboden auf die Tenne. Er starb an den Folgen dieses Sturzes.

dz. **Boxberg**, 11. Nov. Auf dem Seehof brach in der Nacht zum Donnerstag in einer großen Vorratsscheuer Feuer aus. Trotz des tatkräftigen Eingreifens der Feuerwehren der Nachbarschaft konnte das Gebäude nicht mehr gerettet werden. Das untergebrachte Getreide wie auch große Kartoffelvorräte sind dem verheerenden Elemente gleichfalls zum Opfer gefallen. Man schätzt den Gesamtschaden auf 60—70 000 Mark. Die Brandursache ist noch nicht aufgeklärt.

bld. **Hügelheim** (bei Müllheim), 11. Nov. Der im Kaliwerk Buggingen beschäftigte Arbeiter Karl Schöpflin von Müllheim brach am Dienstag abend, als er mit seinem Rade nach Hause fahren wollte auf der Landstraße zusammen. Schöpflin war im Kaliwerk ein Salzblock gegen den Fuß geschlagen worden, was er aber nicht weiter beachtet hatte. Erst auf der Heimfahrt machte sich die Wirkung des Schlages bemerkbar. Schöpflin wurde mit dem Krankenauto ins Krankenhaus gebracht.

m. **Kappel**, 11. Nov. Die von dem elsässischen Nachbarort Rheinau (Kanton Erstein) nach dem badischen Grenzort Kappel führende Schiffbrücke über den Rhein ist nach mehrwöchentlicher Reparatur jetzt wieder hergestellt und dem Verkehr übergeben worden.

dz. **Waldshut**, 11. Nov. Zwischen Schaffhausen und Neuhausen ereignete sich am Mittwoch nachmittag im Rhein ein Bootsunglück. Drei Männer waren damit beschäftigt, am sogenannten Moserdamm Verbauungen auszuführen. Plötzlich rissen sich die Waidlinge, in denen sich die Männer befanden, los und trieben den Damm hinunter. Zwei Männer vermochten sich über Wasser zu halten und konnten gerettet werden. Der dritte, der 33jährige Emil Hürlimann, Vater von zwei unerwachsenen Kindern, verschwand in den Fluten. Eine von einigen Pontonieren eingeleitete Rettungsaktion blieb erfolglos.

Aus Nachbarländern

er. **Leimersheim**, 10. Nov. Unter Leitung seines 1. Vorsitzenden, des als Obstzüchter wohlbekannten Adam Pfadt, veranstaltete der hiesige Obstbauverein im Saale der Wirtschaft zum Pflug eine in jeder Beziehung wohlgelungene Obstschau. In seiner Begrüßungsansprache dankte Vorstand Pfadt allen, die zum Gelingen der Veranstaltung beigetragen hatten, und gab dem Wunsche Ausdruck, daß die Bestrebungen des Obstbauvereins im weitesten Kreise der hiesigen Bevölkerung Fuß fassen möchten. Bezirksbaumwart Holländer-Kandel und Herr Krieger-Leimersheim verbreiteten sich über die Frage, wie der deutsche Obstbau rentabel gestaltet werden könne. Hieran schloß sich ein Rundgang durch die Ausstellung. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß der Gedanke einer Vereinheitlichung des Obstbaues hier schon zahlreiche Anhänger besitzt. Das ausgestellte Obst gefiel den zahlreichen Besuchern aufs beste.

bld. **Mühlacker**, 11. Nov. Ein von Illingen kommendes Motorrad fuhr von hinten auf ein unbeleuchtetes Fuhrwerk auf. Während der Fahrer mit leichten Verletzungen davonkam, mußte der Mitfahrende schwer verletzt ins Krankenhaus Mühlacker gebracht werden. Das Motorrad wurde zertrümmert.

Die Qual des Asthma

wird von Hunderttausenden widerstandslos getragen, weil sie glauben, daß doch nichts mehr helfe. Um eines frohen Lebens willen, sollte aber niemand so mutlos sein, daß er nicht einen Versuch mit „NYMPHOSAN" machte. Wenn Aerzte ihn glänzend begutachten, wenn die tatsächlichen Erfolge und großen Linderungen für ihn zeugen, warum soll dann gerade Ihnen nicht geholfen werden können?! Preis der Flasche M. 3.50, Pernabonbons M. —.80. Erhältlich in allen Apotheken

Karlsruhes Alleinhersteller: Nymphosan A. G. München 38/5.

Ein grosser Posten
Damen-Hüte
Verkauf solange Vorrat! **fabelhaft billig!**

Hüte aus Filz-Stoffe, Filz und Stichelhaar
in modernen Ausführungen

Serie I	Serie II	Serie III
St. 1.00 M.	St. 2.50 M.	St. 3.50 M.

Samthüte mit eleganten Steppereien u. Garnierungen

Serie I	Serie II	Serie III
St. 2.25 M.	St. 3.50 M.	St. 4.50 M.

Ansteckblumen für Kleid eru. Mäntel in grosser Auswahl

Filz-Capeline Stück 2.95 — Baskenmützen Stück 1.95 1.30 95 ₰

SCHMOLLER

Pfänder-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 16. November 1927, vormittags von 9 Uhr u. nachmittags von 2 Uhr an, findet i. Versteigerungslokal des Städt. Leihhauses, Schwanenstr. 6, 2. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder vom Monat März 1927 Nr. 5693 bis mit Nr. 8867 gegen Barzahlung statt.

Zur Versteigerung gelangen: Fahrräder, Nähmaschin., Koffer, Schuhwerk, Herren- und Damenkleider, Wäsche, Stoffe, Bestecke, Feldstecher, gold. u. silberne Uhren, Juwelen, Musikinstrumente usw. Fahrräder und Nähmaschinen kommen Mittwochs 2 Uhr mittags zur Versteigerung.

Das Versteigerungslokal wird ½ Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt an dem Versteigerungstage und am Tage vorher nachmittags geschlossen.

Karlsruhe, d. 26. Oktober 1927.

Städt. Pfandleihkasse.

Kapitalien

Von Städt. Beamten werden auf sofort
100 Mark
zu leihen gesucht. Gute Sicherheit (eig. Haus). Angeb. unt. Nr. 4870 ins Tagblattbüro erbet.

STATT KARTEN

Egbert Freiherr von Althaus, Dipl.-Ing.
und Frau Erna, geb. Dietrich
VERMÄHLTE

Karlsruhe i. B.
Herrenstraße 19

Frankfurt (Main)
Deutsche Lufthansa

12. November 1927

C. F. MULLER KARLSRUHE
Buchdruckerei und Verlagsbuchhandl. Ritterstraße 1, Fernruf 297, Gegr. 1797
BUCH-, STEIN- UND OFFSETDRUCK

Meine Praxis und Wohnung habe ich von Kaiserstraße 130 nach
Kaiserplatz, Amalienstr. 85
verlegt.
Dentist Friedrich Schwarz.

33 Nur Zirkel 33
Ecke Herrenstraße
Haltestelle Herrenstraße
Neben Beamtenbank
ist der gute
fabelhaft billige
Pelz-Verkauf
Jacken / Mäntel
Kragen / Colliers
u. s. w.
immer noch billiger
da keine Ladenmiete
Beamtenbank - Ratenabkommen
33 Nur Zirkel 33

Kaufen Sie Ihre Pelze bei mir Sie sparen viel Geld!
Umarbeitungen, Reparaturen und Neuanfertigungen von
Teilzahlung gestattet
Pelz Mäntel Jacken Kragen Kolliers Besätze
Teilzahlung gestattet
Erstklassige Arbeit, guter Sitz, zu konkurrenzlosen Preisen — Fahrgeld wird vergütet
Ludwig Knobloch, Kürschnerei
Hauptstraße 84 **Eggenstein** bei der „Rose"

Für nur **50 ₰** bei der
BADISCHEN-WOHLTÄTIGKEITS-
GELD-LOTTERIE
4000
M. ZU GEWINNEN, ZUSAMMEN
10000
1 L. 50 ₰ 11 L. 5 M. PORTO U. LISTE 30 ₰
ZIEHUNG SICHER 22. NOV. 27.
SOFORTIGER GEWINNENTSCHEID
1 L. ZU 50 ₰ 11 L. 5 M. U. 1 L. ZU 1 M.
11 L. 10 M. PORTO 20 ₰ EMPFIEHLT
Stürmer MANNHEIM 07.11.
POSTSCHK. 17043 KARLSRUHE
U. ALLE LOSGESCHÄFTE
Hier bei Lotterie-Einnehmer: Zwerg, Maier, Kern, Weil.

Das verlorene Ich.

Roman
von
Franz Kreidemann.

(62) —— (Nachdruck verboten.)

Mit unerwartetem Stoß warf er die Beamten von sich und eilte gegen die Tür. Adalbert, Utermöhl und der deutsche Beamte Bollmann traten ihm entgegen. Da griff der Rasende in seine Rocktasche. Er hatte auf die verhaßten blauen Augen Adalberts gezielt. Aber der hatte die Bewegung gesehen und sich jäh gebückt. Die Kugeln schlugen in die Portiere und fielen zu Boden. Dann war Kytzler mit einem Satz zur Flurtür gesprungen, hatte sie aufgerissen, den Verfolgern mit dem Browning gewehrt und war hinaus, bevor zwei Polizeirevolver hinter ihm her krachten.

Die Herren sahen ihn mit wilden Sätzen die Treppe zum Schlafzimmer hinaufeilen. Die Diener kamen gelaufen. Pieter Neef rief:

„Das Haus ist auf Ihre Weisung gesperrt. Hinaus kommt er nicht. Unten stehen Hendrik und Willem mit Gewehren, wenn er zum Fenster hinaus wollte."

Adalbert ging voran, die Polizei folgte. Oben rüttelten die Beamten an der Schlafzimmertür. Sie war verschlossen.

„Machen Sie auf, Widerstand ist unvernünftig."

In dem Zimmer gellte eine kreischende Stimme:

„Du Lump, hätte ich doch fester zugeschlagen — ein Esel, der etwas halb tut. Mein Weib hat sich vor mir verkrochen, sonst hätte ich dir den Spaß verdorben; du bist es, der sie beschwatzte — deinen Namen trägt sie ja schon — das Haus gehört euch — das Bett hier wartet auf euch — kommt herein und steigt über mich hinweg, wenn ihr könnt. Prosit!"

Ein Krach schütterte. Die Horchenden wußten, daß es da drinnen keinen Widerstand mehr gab. Einer der Polizisten hatte einen Sperrhaken. Die Tür ging auf. Quer über das Ehebett geworfen lag der Erschossene, in der Rechten krampfig die Waffe. Aus seiner Schläfe kroch eine dunkelrote Schlange und zeichnete ihre ekle Linie auf die weißen Linnen.

Es wurde nach der Stadt telephoniert; ein Krankenauto sollte kommen. Nicht eine Nacht durfte der tote Werwolf im Herrenhaus bleiben.

Mareike war bei den Schüssen aus ihrem Mädchenbett aufgeschreckt. Gerade hatte sie liebevoll zum Christus über ihrem Lager hinaufgeträumt und sich einer Vision am Abend ihrer Verlobung erinnert. Hatte dieser Christus nicht die Züge dieses Mannes angenommen, der für tot auf der Landstraße gefunden war und ihr Befreier werden sollte?

Nun durchschnitt sie ein jäher Schmerz. Schüsse! Der Entsetzliche hatte — großer Gott! — vielleicht ihren Beschützer, ihren Freund, ihren Bruder getötet! Sie kleidete sich schnell an und eilte hinaus. Auf der Treppe zu ihrem Zimmer kam ihr Adalbert allein entgegen. Er sah bleich aus und war erschüttert.

„Gerade wollte ich zu dir — dein — er hat sich getötet." Mareike stieß einen Freudenschrei aus.

„Er sich! Gott sei gelobt — ich litt entsetzliche Angst um dich!"

Bewegt streckte Adalbert ihr seine Hände entgegen.

Sie ergriff sie, riß ihn an ihr heftig klopfendes Herz und küßte seinen spröden Mund.

„Verzeih, verzeih, Adalbert, ich liebe, ich liebe dich!"

Nun war alles gelöst in ihm; eine selige Ruhe lag in seinen Augen, als er ihr blondes Haupt an sich zog.

„Und ich dich, Mareike, mein Weib!"

*

Adalbert saß mit seinem Freunde Utermöhl zusammen im Arbeitszimmer. Der gute Pommer sah beseligt aus seinen wasserblauen Augen auf seine roten Arbeitshände. Sein Freund sprach:

„Und so kommt Vreedensdaal nicht mehr als Aufenthalt für meine künftige Frau und mich in Betracht. An der Schwelle des Schlafzimmers klebt Blut, das sie und mich beflecken würde. Meine Heimat ist ein Trümmerhaufen. Ein Wiederaufbau unmöglich. In Deutschland zu leben als Nichtstuer ist mir unmöglich. In Amerika wartet meiner eine herrliche Aufgabe. Einer Viertel Million Menschen kann ich Brot geben, Kultur, bescheidenen Wohlstand, kann sie aus der Arbeitssklaverei befreien und sie zu Individuen erziehen. Krankenhäuser, Bibliotheken, Sportplätze, Badeanstalten, Eigenheime, Ferienfonds werde ich ihnen schaffen. Ich werfe den deutschen Baron von mir — er hat mir nicht viel Glück gebracht. Ich will und werde Francis Grewman sein und innerlich deutsch bleiben. Und meine Mareike ist beglückt durch die Aufgaben, die ihrer dort harren. Sie soll für die Frauen und Kinder, die Kranken und Schwachen sorgen und den betreffenden Wohlfahrtseinrichtungen vorstehen. Darum, mein guter alter Freund, bin ich auf den Gedanken gekommen, dir Vreedensdaal zu schenken. Ich brauche kein Entgelt dafür. Ich bin reich ohne das. Und so bleibt es in guter Hand. Du hast hier beim Personal viel Liebe gefunden. Daß du Platt mit ihnen sprichst, macht ihnen diebischen Spaß. Hol dir dein Mädel aus Deutschland und komme als wohlbestallter Gutsbesitzer zurück. Darauf einen deutschen Trunk! Prosit!"

Sie stießen mit den Sektkelchen an. Utermöhl wischte sich die Tränen und umarmte seinen Jugendfreund.

*

Die Hochzeit war nur eine Formalität. Den Namen ihres Mannes trug Mareike bereits. In einer Woche waren die Formalitäten auf dem Amt in Hengelo erledigt. Mareike war Baronin von Lorringhoven geblieben, wurde nun aber auf den Adoptivnamen des echten Barons, als alias Frau Grewman in das Eheregister eingetragen.

Utermöhl hatte bewegten Herzens Abschied genommen und einen Besuch mit seiner Frau übers Jahr da drüben in Texas versprechen müssen.

Von der Lloydkade in Rotterdam löste sich die Vertäuung des großen Amerikadampfers „Berg op Zoom".

An der Reling des Promenadendecks stand das junge Paar in froher Abschiedsstimmung. Um Mareikes blühendes Madonnengesicht wehte der Hutschleier. Sie hatte ihren Arm um den ihres Mannes geschlungen u. stand an ihn geschmiegt. Bald verblich die Stadt mit ihren Türmen, Schloten, Masten im Nebelgrau des holländischen Himmels. Das breite Band der Maas schob sich unter den ruhig gleitenden Dampfer. Und der still fließende graue Strom trug ihn dem Meer entgegen. Von Auge zu Auge gaben sich die Liebenden Trost, Hoffnung, Gelöbnis. Und drüben leuchtete über einem neuen Land eine neue Sonne der Freiheit, der Arbeit und der Zufriedenheit.

Ende.

UNSER NEUER ROMAN

Wie schon anläßlich des Geburtstagsaufsatzes über die badische Schriftstellerin

TONI ROTHMUND

an dieser Stelle angekündigt worden ist, hat das „Karlsruher Tagblatt" deren Roman

DIE WINDREITER

zum Abdruck erworben.

Die mit tiefem Ernst und befreiendem Humor vorgetragene Geschichte behandelt in dichterischer Gestaltung die Wandervogelbewegung und darf schon aus diesen stofflichen Gründen auf das besondere Interesse unserer Leser rechnen. Wie aus den Schicksalen der Romangestalten zu lesen ist, liegen in der anscheinend so einfachen Wandervogelbewegung tiefe, ja tragische Konflikte. Sie werden auf der einen Seite gebüßt, auf der andern überwunden. Es geben „Die Windreiter" mit ihrer ungemein volkstümlich gewordenen Umwelt und Gedankenfracht ein artiges Beispiel tapferer Lebenskunst und -Eroberung überhaupt. Ueber die Unterhaltung hinaus vermittelt der Roman Toni Rothmunds ethische Dauerwerte.

Unsere Leser werden freundlichst gebeten, nach Ablauf des hiermit angekündigten Romans an die Schriftleitung ein kurzes Urteil über ihn abzugeben. Es soll daraus die Möglichkeit geprüft werden, „Die Windreiter" als Buch gesondert herauszugeben.

Die Schriftleitung.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg